Zivilgesellschaft und soziale Nachhaltigkeit – Forum zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie

12. Februar 2002
Bank für Sozialwirtschaft
Centre Monbijou
Oranienburger Str. 13–14
10178 Berlin

Vorwort 6

Tagungsprogramm 7

Staatssekretär Peter Haupt:
Eröffnung und Begrüßung 8

Prof. Dr. Edda Müller: Der Stellenwert sozialer Themen
in der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie 13

Eckart Hildebrandt: Thesen zu „Arbeit und soziale
Nachhaltigkeit“ 20

1. Podiumsdiskussion:
Soziale Nachhaltigkeitspolitik – Nachhaltige Sozial-
politik 26

Christina Behrend: Indikatoren im sozialen Bereich 33

2. Podiumsdiskussion:
Zivilgesellschaft und Nachhaltigkeit 44

Material für die Presse vom 19. Dezember 2001
Perspektiven für Deutschland: Unsere Strategie für eine
nachhaltige Entwicklung – Zusammenfassung 50

Teilnehmerliste 56

Zivilgesellschaft und soziale Nachhaltigkeit

Forum zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie
Vorwort

Vom 26. August bis 4. September 2002 findet der Weltgipfel für Nachhaltigkeit in Johannesburg/Südafrika statt. In der Vorbereitung hierzu erarbeitet die Bundesregierung eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie.

Am 12. Februar 2002 veranstaltete das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ein Forum zur Begleitung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie. Der Titel des Forums lautete: „Zivilgesellschaft und soziale Nachhaltigkeit“. Ziel der Veranstaltung war die Einbindung der Zivilgesellschaft in die Diskussion um soziale nachhaltige Politik und in die Erarbeitung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie.

Diskutiert wurden insbesondere die Fragen nach der Bedeutung der sozialen Dimension im Kontext der Nachhaltigkeit. Es wurden Beispiele gesucht und gefunden für gelungene Umsetzungen sozialer nachhaltiger Politik. Darüber hinaus wurde der Frage nachgegangen, inwieweit soziale nachhaltige Politik unter den Bedingungen eines sich beschleunigenden wirtschaftlichen Strukturwandels den sozialen Zusammenhalt wahren kann.

Ausgehend von der Prämisse, dass nachhaltige Entwicklung nicht vom Staat verordnet werden kann, wurde der Einfluss der Akteure aus Wirtschaft und Gesellschaft diskutiert. Nachhaltige Entwicklung in allen Politikfeldern bedarf einer guten Zusammenarbeit zwischen staatlichen Organen, der Zivilgesellschaft und den Sozialpartnern.

Diese Dokumentation enthält ein ausführliches Tagungsprotokoll sowie alle bei der Veranstaltung gehaltenen Vorträge.
Wir hoffen, mit dem Forum einen Dialog zwischen den Vertreterinnen und Vertretern der Verbände und der Bundesregierung zur Frage der sozialen Dimension von nachhaltiger Politik eingeleitet zu haben, der zur Akzentuierung und zur Weiterentwicklung „enkelverträglicher“ Politik sozialer Fragen beiträgt. Wir wünschen uns ebenfalls eine rege Fortführung dieses in Berlin begonnenen Dialogs, der deutlich gezeigt hat, dass die Diskussion um Nachhaltigkeit ohne die Betonung der Fragen der sozialen Säule nicht vollständig ist.

Dr. Martina Gräfin von Bassewitz
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Berlin, im März 2002

Programm

9.30 Uhr Eröffnung und Begrüßung durch
Herrn **Staatssekretär Peter Haupt,** BMFSFJ

9.40 Uhr **Frau Prof. Dr. Edda Müller,** Vorstand Verbraucherzentrale Bundesverband e.V., Stellvertretende Vorsitzende des Rates für Nachhaltige Entwicklung
„Zur Entwicklung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie unter besonderer Berücksichtigung sozialer Themen“

10.10 Uhr **Herr Dr. Eckart Hildebrandt,** Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung
„Soziale Aspekte im Rahmen der Diskussion zur Nachhaltigkeit, unter besonderer Berücksichtigung nachhaltiger Arbeitspolitik“

Kaffeepause

11.00 Uhr **Podiumsdiskussion I**
Soziale Nachhaltigkeitspolitik - Nachhaltige Sozialpolitik
Teilnehmerinnen und Teilnehmer
Frau Silke Moschitz, Europasekretariat des Internationalen Rates für kommunale Umweltinitiative (ICLEI)
Herr Martin Stuber, Deutscher Gewerkschaftsbund, Abteilung Struktur- und Umweltpolitik
Frau Dr. Dr. Martina Schäfer, Bund für Umwelt und Naturschutz, TU Berlin

Mittagspause

13.30 Uhr **Frau Christina Behrendt,** freie Wissenschaftlerin
„Indikatoren im sozialen Bereich in europäischer Perspektive“

14.00 Uhr **Podiumsdiskussion II**
Zivilgesellschaft und Nachhaltigkeit
Teilnehmerinnen und Teilnehmer
Frau Margot Papenheim, Evangelische Frauenhilfe in Deutschland
Frau Gunda Voigt,
Geschäftsführerin Deutscher Bundesjugendring (DBJR)
Frau Agathe Sering, Geschäftsführerin der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF)

15.30 Uhr **Schlusswort**
Herr RD Berthold Goeke, Bundeskanzleramt

Gesamtmoderation:
Frau Heike Leitschuh-Fecht
Umwelt- & Wirtschaftsjournalismus, Moderation, Beratung

Staatssekretär Peter Haupt

Eröffnung und Begrüßung

Sehr geehrte Frau Müller,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,
sehr geehrte Damen und Herren,

ich begrüße Sie herzlich zu unserem Forum zur Begleitung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie – Zivilgesellschaft und soziale Nachhaltigkeit.

Unsere Veranstaltung bettet sich ein in die Erarbeitung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie.
Die Strategie wird von der Bundesregierung für den im Herbst 2002 stattfindenden Weltgipfel für Nachhaltigkeit in Johannesburg in Südafrika vorbereitet.

Ziel der Nachhaltigkeitsstrategie ist eine ausgewogene Balance zwischen den Bedürfnissen der heutigen Generation und den Lebensperspektiven künftiger Generationen.

Dabei ist Nachhaltigkeit mehr als die Fortsetzung der Umweltpolitik mit anderen Mitteln.
Nachhaltigkeit ist eine Modernisierungsstrategie.
In der Nachhaltigkeitsidee steckt ein enormes Innovationspotenzial für Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft, das mit der Nachhaltigkeitsstrategie erschlossen werden soll.

Der Auftrag zur Nachhaltigkeitsstrategie entstammt der Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Jahre 1992 in Rio de Janeiro. Dort hat sich die Internationale Staatengemeinschaft zum Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung bekannt.

Für die Bundesregierung ist der Auftrag von Rio Verpflichtung.

Der Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung erarbeitet als Green Cabinet die nationale Nachhaltigkeitsstrategie für die Bundesregierung.

Der hochrangig besetzte Rat für Nachhaltige Entwicklung unterstützt den Staatssekretärsausschuss und erarbeitet Beiträge für die nationale Strategie.
Ich freue mich sehr, Sie, Frau Müller, als stellvertretende Vorsitzende des Rates für Nachhaltige Entwicklung heute hier begrüßen zu dürfen.

Die Erarbeitung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie wird durch intensive Gespräche mit den gesellschaftlichen Gruppen begleitet.

Die heutige Veranstaltung soll dem Dialog über die sozialen Themen dienen.

Wir wollen den Dialog der Verbände miteinander und mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung zur Vorbereitung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie fördern.
Wir wollen die Zivilgesellschaft einbinden in diese große Aufgabe, die unsere Arbeit in Zukunft mitbestimmen wird.

Aber was bedeutet Nachhaltigkeit denn nun?
Für viele von Ihnen mag dieser Begriff selbstverständlich geworden sein.
Für manch einen von Ihnen hat sich diese Frage jedoch in der Vorbereitung für die heutige Veranstaltung neu gestellt.

Die Weltkommission für Umwelt und Entwicklung – die sogenannte Brundtland-Kommission – hat nachhaltige Entwicklung 1987 so definiert:
„Nachhaltige Entwicklung ist eine Entwicklung, die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen".

Verkürzt gesagt – und ich glaube, als Vertreter des Bundesfamilienministeriums darf ich mir diese Bemerkung erlauben – geht es um die „Enkelverträglichkeit" unserer Politik.
Wir wollen und müssen Politik so gestalten, dass unsere Enkelinnen und Enkel mit deren Auswirkungen leben können.

Nachhaltigkeit sollte eine Selbstverständlichkeit von Politik sein.
Sie und ich wissen jedoch, dass dies nicht immer der Fall war.
Denken wir beispielsweise an die hohe Staatsverschuldung, die über viele Jahre aufgebaut wurde und die oft kritisiert wird. Deren Abbau ist für uns ein wichtiges Element nachhaltiger Politik.

Die Strategie soll helfen, klare Positionen zu nachhaltiger Entwicklung aufzustellen und sich mittels Indikatoren zur Erfüllung der Ziele zu verpflichten.
Die Strategie soll so entwickelt werden, dass sie eine wirtschaftlich leistungsfähige, sozial gerechte und ökologisch verträgliche Entwicklung zum Ziel hat.
Man spricht auch von den drei Säulen von Nachhaltigkeit – der wirtschaftlichen, der ökologischen und der sozialen Säule.

Was heißt nun aber soziale Dimension von Nachhaltigkeit?
Meines Erachtens geht es darum, unter den Bedingungen eines sich beschleunigenden wirtschaftlichen Strukturwandels den sozialen Zusammenhalt zu wahren. Es geht um eine nachhaltige Sozialpolitik und einen nachhaltigen Politikansatz, der sozial sein muss. Es geht darum, in allen Politikfeldern die Frage nach der Nachhaltigkeit und damit auch der Sozialverträglichkeit zu stellen.
Eine Umweltpolitik, die nicht sozialverträglich ausgestaltet ist, kann nicht nachhaltig sein.

Ein Mainstreaming von Nachhaltigkeit zielt auch immer auf Sozialverträglichkeit ab.

Hierzu gibt es viele Beispiele, die teilweise auch in der Strategie aufgeführt werden.

Ich möchte nur wenige Punkte nennen, die von der Bundesregierung angestoßen wurden und beispielhaft für soziale Nachhaltigkeit sind:

Der demographische Wandel unserer Gesellschaft ist eine Entwicklung, der wir uns stellen müssen. Wir müssen uns die Frage stellen, wie wir mit einer älter werdenden Bevölkerung auf die Herausforderungen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturwandel antworten.

Ein wichtiger Baustein ist es, den Anteil von Frauen am Erwerbsleben zu erhöhen. Dies gelingt aber nur, wenn es ein gutes Angebot an Kinderbetreuung gibt, flexible Arbeitszeiten und die wachsende Bereitschaft von Männern, einen Betrag zur Kinderbetreuung zu leisten.

Der zweite strategische Ansatzpunkt besteht darin, die Phase des Erwerbsleben zu verlängern.
Wegen der ab 2015 deutlich sinkenden Zahl der Erwerbstätigen brauchen wir eine neue Sicht auf ältere Arbeitnehmer und deren Leistungsfähigkeit.

Aber diese Punkte sind nur beispielhaft.
Es gibt noch sehr viel mehr Ideen, Politik zur sozialen Nachhaltigkeit deutlich zu machen.

Mir gefällt in diesem Zusammenhang eine Idee des Rates besonders gut:
Der Rat will eine Studie vergeben zur Überlegung, inwieweit ein Warenkorb nachhaltig sein kann.
Sie kennen den Warenkorb als ein Mittel von Statistikern, herauszufinden, welche Produkte zum Konsum einer durchschnittlichen Familie gehören.

Die Koordinaten des Warenkorbes sollen erweitert werden:
Es soll geprüft werden, wie man nachhaltig konsumieren kann.

Hier könnte man weiter fragen. Es sollte nicht nur um Konsumverhalten gehen, sondern die Frage aufgeworfen werden, wie es sich nachhaltig mit seiner Familie, mit seiner Umwelt leben lässt.
Darunter verstehe ich nicht nur materielle Werte, sondern auch ideelle, nicht nur Güter, sondern auch gesellschaftliche Strukturen, nicht nur finanzielle Rahmenbedingungen, sondern auch politische und legislative Rahmenbedingungen.

Hierzu fallen mir viele Bereiche ein, die uns und Ihre Verbände betreffen:

- Es geht um die weitere finanzielle Entlastung von Familien, beispielsweise um die Erhöhung des Kindergeldes, um Rahmenbedingungen zu verbessern.

- Es geht um mehr Kinderbetreuungsplätze. Das ist für mich ein zentrales Element nachhaltiger Familienpolitik.
  Es geht aber auch um mehr Zeit von Eltern für ihre Kinder, für die Familie, um ein Familienleben auch leben zu können.

- Es geht um das Recht von Kindern auf gewaltfreie Erziehung und es geht um das Recht von Älteren auf gewaltfreie und qualitativ hochwertige Pflege.

- Es geht um den Ausbau und die Verbesserung der Qualität der sozialen Dienste – als unverzichtbares Element des Sozialschutzes und der sozialen Sicherheit.

- Es geht um die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung. Und es geht um die Bekämpfung von Diskriminierung aufgrund Rasse, ethnischer Herkunft, Alter, sexueller Ausrichtung und Behinderung.

- Es geht um Fragen der Gleichstellung, damit Männer und Frauen in allen Bereichen gleiche Möglichkeiten erhalten.

- Es geht darum, wie wir die für das Allgemeinwesen so wichtige Tätigkeit von Ehrenamtlichen und Freiwilligen fördern können.

Es geht um viele Punkte, um die ich viel gestritten habe und um die ich weiter kämpfen werde.

Die Erwartungshaltung an Politik, die sozial und nachhaltig sein soll, ist sehr hoch.

Aber sie muss auch realistisch bleiben. Investitionen in den sozialen Zusammenhalt sind ein wichtiges Zukunftsanliegen. Wir müssen die Ressourcen, die wir zur Verfügung haben, in Übereinstimmung mit dem Bedarf bringen. Investitionen in Soziales darf sich nicht negativ auf die ökonomische Entwicklung auswirken. Hier brauchen wir eine Balance.

Als Messinstrumente hierfür bieten sich Indikatoren an, die außerdem mehr Transparenz hinsichtlich der Reformschritte erzeugen.

Indikatoren haben wir bereits im europäischen Bereich.
Hierzu wird heute Nachmittag Frau Behrendt ein sicherlich sehr spannendes Referat halten.

Jetzt werden wir Indikatoren auch in der Nachhaltigkeitsstrategie haben.
Mit 21 Schlüsselindikatoren für eine nachhaltige Entwicklung will die Bundesregierung künftig in regelmäßigen Abständen aufzeigen, wo wir auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung stehen, welche Fortschritte erreicht wurden und wo es weiteren Handlungsbedarf gibt.

Die Indikatoren sind somit elementarer Bestandteil eines Monitoring und eines Managementkonzepts zur Umsetzung und kontinuierlichen Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie.

Die Ziele und Indikatoren zeigen als Orientierungswerte die Richtung an, in die die Entwicklung in den kommenden Jahrzehnten gehen soll, und dienen insbesondere der Erfolgskontrolle.

Es bedarf jedoch nicht nur einer Kontrolle der Indikatoren, sondern auch einer Kontrolle der Schwerpunkte, auf die die Strategie zielt.
Denn auch Schwerpunkte unterliegen dem Zeitgeist und können sich im Laufe der Zeit ändern.

Ich empfinde die heutige Veranstaltung – Zivilgesellschaft und soziale Nachhaltigkeit – als Pionierveranstaltung.

Ich lade Sie herzlich ein, darüber zu diskutieren, welche Elemente langfristig von der Politik im sozialen Bereich in einer Strategie aufgenommen werden sollen.
Lassen Sie uns diskutieren, was soziale Nachhaltigkeit und nachhaltige Sozialpolitik für die Verbände bedeutet.

Das Bundeskanzleramt und Vertreter der Arbeitsgemeinschaft Nachhaltigkeit auf Bundesregierungsseite sind anwesend und werden aufmerksam lauschen, was von Ihnen vorgetragen wird.
Ihre Vorstellungen können somit noch in die Strategie mit einfließen.

Ich wünsche Ihnen gute und weitreichende Diskussionen.

Vielen Dank.

Prof. Dr. Edda Müller
Rat für Nachhaltige Entwicklung

Der Stellenwert sozialer Themen in der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie

Beitrag zum Forum des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend „Zivilgesellschaft und soziale Indikatoren“ am 12. 2. 2001

Anrede,

ich freue mich, heute als Mitglied im Rat für Nachhaltige Entwicklung zu Ihnen zu sprechen. Ihre Veranstaltung gibt ein ermutigendes Zeichen. Denn die Idee der Nachhaltigkeit hat zwar schon immer auch einige soziale Aspekte mitgedacht, neu – und sehr erfreulich – ist jetzt, dass die Akteure der Sozialpolitik sich am Nachhaltigkeitsdiskurs aktiv beteiligen und ihre Sichtweise einbringen. Hiervon verspreche ich mir einen neuen inhaltlichen Impuls, der die sozialen Aspekte der Nachhaltigkeit in einen neuen, systematischen und damit auch erstmals politikfähigen Zusammenhang stellt.

Nachhaltigkeit ist ein Terminus der ökologischen Bewegung. Der Begriff „nachhaltige Entwicklung“ war zunächst die politische Klammer der Politikbereiche Umwelt und Wirtschaft. So ist er jedenfalls von der Brundtland-Kommission 1987 geprägt worden. Die Brundtland-Kommission kennzeichnete mit ihm den Interessenausgleich von Nord und Süd und von Industriegesellschaft und Entwicklungsländern. Zugleich soll der Begriff auf die neuen Herausforderungen einer globalen Umwelterhaltung und gerechten Ressourcenbewirtschaftung aufmerksam machen. Er war also immer ein Kompromissbegriff.

Aus heutiger Sicht wird oft kritisiert, dass die Nachhaltigkeit vorwiegend immer noch ein ökologisch ausgefüllter Begriff sei und dass von einer gleich starken Aufnahme sozialer Themen nicht die Rede sein könne. Das ist eine zutreffende Beobachtung. Dieser Zustand hat seine Ursachen in der eben kurz skizzierten Entstehungsgeschichte. Ein weiterer Grund ist aber auch in folgendem zu sehen:

Ökologische Forderungen sind nicht von wirtschaftlichen und sozialen Aspekten zu trennen. Die Umweltpolitik hat dies spätestens anhand solch spektakulärer Aktionen wie dem Verbot von Formaldehyd in Spanplatten gelernt (in diesem Fall: in den Entwicklungsländern, die ihre Produktion nicht so schnell umbauen konnten). Teils schmerzhafte Lernprozesse wurden zum Beispiel auch gemacht als es um die deutschen Auslandsinvestitionen in große Bauprojekte (Dämme, Wasserspeicher und die Vertreibung indigener Bevölkerung) oder zum Beispiel um die Bedrohung der Meeres-Schildkröte caretta caretta durch Tourismus-

Großprojekte an den Stränden des Mittelmeeres ging. Die jüngste Vergangenheit – denken Sie an die Ökosteuer und die Formel 5 Mark für das Benzin – zeigt, dass der Zusammenhang von Ökologischem und Sozialem immer aufs Neue, und manchmal auch eher unglücklich, thematisiert wird.

Wie steht es um die Wirtschaft als einen wichtigen Akteur sozialer Nachhaltigkeit?

Eine kürzlich vorgelegte Industrieumfrage des Ifo-Institutes für Wirtschaftsforschung für das Deutsche Kompetenzzentrum Nachhaltiges Wirtschaften kommt u.a. zu folgendem Ergebnis:

1. Nachhaltigkeit ist ein Trend der Unternehmenspolitik. Der Trend wird sich steigern. Die Mehrzahl der Unternehmen rechnet damit, dass sie künftig noch stärkere Verantwortung für soziale und ökologische Aufgaben übernehmen werden (müssen). Der Trend wird von global agierenden Großkonzernen getragen. Das Gros der Wirtschaft verhält sich passiv; Nachhaltigkeitsmanagement ist noch wenig verbreitet.
2. Umwelt ist vergleichsweise systematischer in die Unternehmensführung integriert. Das Handlungsfeld Soziales bleibt dagegen noch diffus und vorwiegend an traditionellen, innerbetrieblichen Indikatoren wie Frauenförderung, Gesundheitsförderung, Aus- und Weiterbildung, familienfreundliche Arbeitsplatzgestaltung festgemacht.
3. Nachhaltigkeit ist in den Unternehmen also derzeit noch vorwiegend ein Umweltthema, das Soziale wird vorwiegend assoziiert mit der Kulturförderung.
4. Basis für die Nachhaltigkeit bei stark weltmarktorientierten Unternehmen sind die Sozialstandards z. B. der ILO.

Lassen Sie mich aus meiner Sicht anfügen: Die „Großen“ reagieren mit ihren Nachhaltigkeitsaktivitäten mehr auf die Erfordernisse und den Trend im internationalen Maßstab als auf die deutsche Politik. Unsere bisherige Nachhaltigkeitspolitik offenbart hier entscheidende Schwächen. Die nationale Nachhaltigkeitsstrategie wird daran hoffentlich einiges ändern.

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen hat unter dem Titel „Global Compact“ eine neue Initiative zur verantwortungsbewussten Unternehmensführung gestartet. Sie umfasst explizit auch Sozialkriterien. Bisher haben erst neun deutsche Firmen unterschrieben.

An den Börsen gibt es zunehmend mehr „Sustainability Ratings“. Darunter versteht man ökologische und soziale Prüfkriterien zur Unternehmensführung und zum Umgang mit den Stakeholdern. Nur einige wenige deutsche Firmen sind von unabhängigen Rating-Agenturen in entsprechende Fonds aufgenommen worden.

Erste, fast möchte man sagen: schüchterne Ansätze zu einem „ethischen Investment“ liegen bei den deutschen Finanzdienstleistern vor allem in Bezug auf die Riester-Rente vor. Aus Sicht des Rates werden diese Ansätze jedoch von der Politik zu wenig nachgefragt und honoriert. Ein wirtschaftlicher Selbstläufer ist das noch nicht.

Welche Schlüsse kann man aus diesem Stand ziehen?

1. Im Vergleich zum Umweltdiskurs hat die soziale Nachhaltigkeit noch keine eigenständigen Kategorien hervorgebracht. Wo im Umweltbereich über Effizienz, Lebensstile, über Technik und Emissionsziele geredet wird – wo also das Messbare gemanagt wird – da bleibt die soziale Nachhaltigkeit vergleichsweise nur Appellhaftes, Unverbindliches und Anekdotenhaftes zu konstatieren.
2. Soziale Handlungsfelder im Zusammenhang mit Nachhaltigkeit sind bisher Wirtschaftspolitik (Arbeitsplätze erhalten) oder unmittelbar zu Umweltzwecken verfolgte Sozialpolitik. Ein Beispiel aus der Entwicklungszusammenarbeit: Verbesserung der Rolle der Frauen, um Landnutzungssysteme des Agro-Foresting zu entwickeln oder Trinkwasserhygiene zu verbessern.
3. Die soziale Dimension wird bisher weitgehend defensiv verstanden. Im Vordergrund steht die Maxime „don’t damage“, also das Bemühen, bei Industrieansiedlungen oder ländlicher Entwicklung bloß nichts kaputt zu machen oder jedenfalls dabei nicht aufzufallen.
4. Politische Gestaltung der sozialen Nachhaltigkeit steht nicht an. Allenfalls werden soziale Aspekte im Sinne fast karikativer Hilfe beachtet.
5. Soziale Nachhaltigkeit hat (noch?) keinen eigenständigen Akteur.

Aus meiner Sicht waren und sind die bisherigen Ansätze zu sozialer Nachhaltigkeit wichtig. Aber es ist nicht das, was der Nachhaltigkeitsrat für erforderlich hält und anstoßen will.

Nachhaltigkeit ist aus Sicht des Rates nicht nur eine Frage von Windrädern, Biomassekraftwerken, einem Biosiegel für Nahrungsmittel oder von neuen Verkehrssystemen. So wichtig das alles ist – und nebenbei: so ungelöst noch viele Fragen des technischen und sozialen Fortschritts sind, den wir in Richtung auf eine immer effizientere und weniger Ressourcen verbrauchende Wirtschaftsweise gehen müssen – so klar müssen wir sehen, dass bisher alle Effizienzgewinne durch die mengenmäßige Steigerung von Produktion und Konsum aufgebraucht werden. Das Beispiel des Automobilverkehrs steht für viele. Ich will ganz deutlich machen: Auch in der Umweltpolitik sind wir noch längst nicht über den Berg. Aber in einer nachhaltigen Sozialpolitik stehen wir erst in den Anfängen.

Meine Damen und Herren, wie ist der Stand der Arbeiten an der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie?

Der Nachhaltigkeitsrat hat auf Bitten der Bundesregierung zunächst zu den Schwerpunkthemen Landwirtschaft, Energie und Mobilität Ziele und Indikatoren vorgeschlagen. Die Bundesregierung hat kürzlich den Entwurf der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie der Öffentlichkeit vorgestellt und zum aktiven Dialog eingeladen. Sie hat den Rat um eine Stellungnahme gebeten, die wir in einer gemeinsamen Runde mit dem Staatssekretärausschuss in der kommenden Woche beraten werden.

Zur sozialen Dimension in der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie will ich 5 Gedanken aus unserer Stellungnahme heraus greifen.

1. Der Entwurf bekennt sich zu der Konzeption, politische Maßnahmen zur Nachhaltigkeit an quantifizierten Vorgaben zu Zielen und Indikatoren fest zu machen. Der Entwurf beschreitet damit einen Weg, den der Rat für Nachhaltige Entwicklung grundsätzlich befürwortet.
2. Der Entwurf macht deutlich, dass es um mehr geht als um einen Beitrag zum Weltgipfel in Johannesburg. Der Rat unterstützt die Konzeption, Sachthemen integrativ zu betrachten und unter überwölbenden Aspekten der Generationengerechtigkeit, des sozialen Zusammenhaltes, der internationalen Zusammenarbeit und der Lebensqualität zusammen zu fügen.
3. In diesem Zusammenhang regen wir an, die Ausführungen zum Stichwort Dialog zu erweitern. Die Dialog-Angebote der Eingangskapitel („zu intensivierender gesellschaftliche Dialog; zu entwickelnder neuer Generationenvertrag“) sind mit den Sachkapiteln relativ unverbunden; dadurch wirken diese Ausführungen wie eine Referenz gegenüber der Rio-Agenda und wie ein „add on“. Der Rat regt an, die Aussagen zum dialogischen Charakter der Nachhaltigkeit mit konkreten Angeboten und Schritten zu verbinden und diese nicht außerhalb der üblichen Mittel politischer Meinungsbildung anzusiedeln, sondern einen strategischen Zusammenhang zu konstruieren.
4. Die Indikatoren zur Familienpolitik, zur Gleichberechtigung und zur Integration bilden einen wesentlichen Teil der politischen Aussagen zum sozialen Zusammenhalt. Allerdings gibt der Rat zu bedenken, dass die Strategie auf den Seiten 25ff. sowie zum dritten Lebensabschnitt (S. 205ff.) einen thematischen Kreis zieht, der wesentlich weiter greift. Zutreffenderweise spricht die Strategie mit den Stichworten Bewährungsprobe für den Sozialstaat, aktivierender Sozialstaat, gelebte Solidarität, neue Balance zwischen Individualität und sozialer Verantwortung, neue Identitäten im dritten Lebensabschnitt einige grundsätzliche Inhalte politischer Gestaltung der sozialen Nachhaltigkeit an. Es erscheint dem Rat nahe liegend, mit den Indikatoren solche grundsätzlichen Entwicklungsthemen der Gesellschaft auch tatsächlich abzubilden und konkrete politische Schritte zu gehen. Dies ist bisher nicht geschehen.

5. Das so genannte soziale Kapital unserer Gesellschaft: Gemeinsinn, Solidarität und Zivilcourage, aber auch die unterschiedlichen Geschwindigkeiten des Wandels werden richtigerweise erwähnt. Der Strategieentwurf spricht eine Bildungsoffensive an. Aus unserer Sicht sind das richtige Stichworte, die jedoch ihren Sinn und ihre Glaubwürdigkeit verlieren, wenn sie rein plakativ bleiben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

lassen Sie mich abschließend an einigen Beispielen aufzeigen, wie die genannten Ansätze weiter geführt werden könnten. Dabei will ich allerdings nicht den Eindruck vermitteln, hier Lösungen aus dem Rezeptbuch vorzutragen. Es geht mir zunächst um Anstöße und neue Blickwinkel.

Erstens, über kaum ein anderes Thema wurde in letzter Zeit so viel geredet wie über die Ergebnisse der PISA-Studie. Immer dann, wenn Sündenböcke und Patentlösungen so schnell und mit soviel rhetorischem Aufwand ausfindig gemacht werden, ist Skepsis angesagt. Ich glaube nicht, dass die Lösung allein im Schulsystem, bei den Lehrern zu suchen ist und mit Geld bewerkstelligt werden kann. Ich stimme der FAZ (vom 23. 1. 02) zu: Es ist erschreckend, dass die absolute Mehrheit der Schüler der Meinung ist, weder ihre Lehrer noch ihre Eltern interessierten sich für die Lernleistungen. Offenbar liegen die Ursachen des PISA – Ergebnisses nicht nur in den Schulen, sondern auch in den geschwächten Bindungen zu Eltern und Erziehern.

Ich möchte aber noch einen Schritt weitergehen. Die von PISA abgefragten Leistungen mögen für die Berufskarriere wichtig sein, aber sie sind noch lange nicht der Beitrag der Bildung zur nachhaltigen Entwicklung. Die PISA-Diskussion führt auf eine falsche Fährte. Wenn der überwiegende Teil der Lern- und Lebenserfahrung außerhalb der Schule gemacht werden, wo müssen wir dann ansetzen, um verstehendes Lernen, lernendes Verständnis und das Erkennen sozialer Verantwortung zu schulen? Doch wohl zu einem Gutteil außerhalb des formellen Bildungssystems. Wenn dies stimmt, dann löst die PISA-Studie mehr Fragen an die Familien- und Jugend-, auch an die Kulturpolitik aus als an die Schulbildungspolitik. Ich sehe jedoch nicht, dass diese schon konzeptionell oder politisch aufgegriffen wären. Hier fehlt der zentrale (organisierende) Akteur der sozialen Nachhaltigkeit.

Was zu organisieren wäre, ist der Beitrag des informellen Bildungssektors zur nachhaltigen Entwicklung. Derzeit sind die Zuständigkeiten zersplittert und meist sogar gegenseitig nicht einmal wahrgenommen (Jugendämter, Jugendkultureinrichtungen, private Vereine). Stichworte sind einmal mehr Vernetzung, Kompetenzgewinn durch Dialog.

Zweitens, ein weiteres Stichwort gibt die demografische Entwicklung: Der Anteil der jungen Menschen an der Bevölkerung unter 20 Jahren wird in 50 Jahren fast halbiert sein. Wir werden insgesamt weniger und

die Wenigen werden im Durchschnitt immer älter. Aus meiner Sicht ist eine konzeptionelle Diskussion der Auswirkungen des demografischen Wandels auf Lebensstile, auf Lebensgewohnheiten und die städtische Umwelt, auf die sozialen Leistungen und die – wenn man so will – Sozialkultur der Gesellschaft notwendig. Wie wird eine solche Gesellschaft aussehen? Vor allem in den schrumpfenden Städten und Dörfern, die zu den Verlierer-Regionen gehören, wo die soziale Infrastruktur nicht mehr flächendeckend aufrecht erhalten werden kann?

Drittens, welche Anforderungen stellen die Akteure der sozialen Nachhaltigkeit an die Unternehmen, an ihre Sozialkompetenz innerhalb des Unternehmens, aber auch an ihre Sozialkompetenz in der Gesellschaft? Der Welthandel braucht endlich umfassende Sozial- und Umweltstandards. Als Sozialstandards sind vor allem Mindeststandards bezüglich der Behandlung von Arbeitnehmern und ihren gemeinsamen Interessen nötig (Organisationsfreiheit, Recht zu Kollektivverhandlungen, Verbot von diskriminierenden Arbeitsplätzen und Kinderarbeit). Das betrifft vor allem Wirtschaftunternehmen. Aber wir brauchen auch Sozialstandards für den zivilgesellschaftlichen Bereich: Kürzlich zeigte eine Studie, dass Second-Hand-Kleidung aus Westeuropa, die als Hilfsgut nach Kenia gebracht wurde, dort zum Kollaps der lokalen Textilindustrie geführt hat. Ähnliche Wirkungen kennen wir aus der Lebensmittel-Hilfe.

Ein viertes und letztes Feld: Wer sind die zukünftigen „driving forces“ einer nachhaltigen Entwicklung? Wir alle wissen, dass der Staat und die formelle Politik es alleine nicht sein werden, auch die Unternehmer werden, wie oben angesprochen, nur eine wichtige partielle Rolle spielen können. Man sagt das so leicht dahin: Die Zivilgesellschaft ist der Hauptakteur. Aber wer fühlt sich hier eigentlich angesprochen? Konkret in dieser Veranstaltung: Was könnte die Sozialpolitik leisten, wenn sie die weiter führenden Ansätze, die ich beispielhaft aufgezeigt habe, aufnimmt? Sie wird, gestatten Sie bitte die verkürzte Aussage, nur dann Erfolg haben können, wenn sie die üblichen Zielgruppen Familien, Jugend, Senioren und Frauen in einen neuen Zusammenhang stellt. Nach Lage der Dinge haben diese Zielgruppen eines gemeinsam: Sie sind allesamt Verbraucher, Konsumenten. Die Verbraucher aber sind bislang zu wenig als Entscheidungsträger der Nachhaltigkeit berücksichtigt worden und sie sind in dieser Rolle auch noch viel zu wenig „befähigt“ worden. Denn der Kunde ist häufig nicht oder schlecht informiert über die Kostenwahrheit und die sozialen Wirkungen, die als „Rucksack“ an den Konsumprodukten dran hängen.

Wir brauchen eine aktive und aktivierende Verbraucherpolitik, die zusammenfügt, was bisher disparat auseinander liegt und die den Dialog von Ungleichen fördert. Aus Dialog, so die Hoffnung, entstehen neue Blickwinkel auf die soziale Verantwortung, neues Wissen, andere Werte und Einstellungen. Wie das konkret gehen soll, das will der Rat derzeit an einem Projekt deutlich machen. Mit einem „nachhaltigen

Warenkorb“ wird anschaulich wie Nachhaltigkeit gelebt werden kann. Natürlich werden sich sehr schnell Fragen nach bestimmten Produkten ergeben, ob das Angebot reicht, dass die Preise zu hoch sind etc. – das sind Fragen, die sich zu einer Diskussion über Lebensstile und soziales Wissen verdichten lassen, die wir öffentlichkeitswirksam präsentieren wollen.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss, und lade Sie zur öffentlichen Veranstaltung des Rates am 13. Mai ein. Sie steht unter dem Motto: **10 Jahre nach Rio und 100 Tage vor Johannesburg. Nachhaltigkeit und Globalisierung.** Der Rat wird Bilanz ziehen und den Blick nach vorne richten, um die nächsten Schritte zur Nachhaltigkeit – sowohl auf der internationalen Bühne als auch in Deutschland – zu diskutieren. Dabei werden auch die Aspekte der sozialen Nachhaltigkeit eine wichtige Rolle spielen.

Alle Ratsdokumente sind unter www.nachhaltigkeitsrat.de verfügbar.

Eckart Hildebrandt, Wissenschaftszentrum Berlin
Februar 2002

Thesen zu „Arbeit und soziale Nachhaltigkeit“

im Rahmen der Konferenz „Zivilgesellschaft und soziale Nachhaltigkeit“ des Bundesministeriums für Familie

Der folgende Beitrag versucht, zwei zentrale Thesen zu verdeutlichen: erstens, dass die systematische Trennung von Arbeit und Leben in den hoch industrialisierten Gesellschaften eine sehr spezifische Form der gesellschaftlichen Organisation von Arbeit ist und dass diese Form gegenwärtig in einem Wandel begriffen ist. Dieser Wandel zu flexibler und diskontinuierlicher Arbeit beinhaltet eine Entgrenzung zwischen Arbeit und Leben. Zweitens wird argumentiert, dass das Konzept der Nachhaltigkeit einen weiteren Blick auf Arbeit über die Erwerbsarbeit hinaus ermöglicht und dadurch die Vielzahl der informellen, versorgenden Arbeiten aufwertet. Erosionsprozesse der Erwerbsarbeit und die Sichtweise der Nachhaltigkeit lassen sich in einem erweiterten Arbeitsbegriff zusammenführen, aus dem heraus sich Strategien der Anerkennung und Aufwertung freiwilliger Arbeiten ableiten lassen.

Das Konzept der nachhaltigen Entwicklung zielt auf die Befriedigung der Bedürfnisse der gegenwärtig lebenden und der zukünftigen Generationen. Bedürfnisbefriedigung geschieht maßgeblich über die Produkte von Arbeit, die auf Bedürfnisse zielen und über die Arbeitstätigkeit selbst als sinnvolle Tätigkeit. Das Konzept der Nachhaltigkeit bietet insofern die Möglichkeit, die verschiedenen Formen von Versorgungsarbeiten in den Blick zu nehmen, anzuerkennen und in ein Ergänzungsverhältnis zu setzen. Sie kann als ein Beitrag zur Integration und Anerkennung bisher getrennt betrachteter und unterbewerteter Tätigkeiten gelesen werden.

Diese Betrachtung thematisiert auch das Verhältnis zwischen Ökonomie und Zivilgesellschaft. Zivilgesellschaft wird häufig als Gegenentwurf zu Markt und Staat verstanden. In diesem Beitrag wird dagegen implizit die Position vertreten, dass die Zivilgesellschaft Voraussetzung und Folge der Ökonomie (kapitalistischer Vergesellschaftung) ist und nicht jenseits der Arbeits-, Kapital- und Gütermärkte verstanden und konzipiert werden kann.

I. Arbeit ist für die Mehrheit der Menschen zentrale Sozialisations- und Integrationsinstanz und Bezugspunkt der Lebensführung und Statuszuweisung, Quelle von Einkommen, sozialer Sicherheit und Einfluss. Arbeit wird in der Arbeitsgesellschaft auf Erwerbsarbeit eingegrenzt, d. h. es findet eine systematische Trennung zwischen formeller und informeller Arbeit statt. Gesellschaftlich anerkannt (insbesondere in

Form von Geldeinkommen), geregelt und geschützt wird eine spezifische Norm und Normalität der Erwerbsarbeit, die so genannte Normalarbeit. Ihre Normen sind Ergebnisse wesentlich der Kämpfe der Arbeiterbewegung und der politischen Durchsetzung des Sozialstaats. Mit dieser Hegemonie dieser Form der Erwerbsarbeit wird das Leitbild verbunden, dass sie auf alle Gruppen der Arbeitsbevölkerung ausgedehnt werden kann und für alle Bürger ein steigendes Wohlstandniveau ermöglicht. Konstituierend für die Normalarbeit sind

- das Normalarbeitsverhältnis in Form einer abhängigen Tätigkeit in einem unbefristeten Vollzeitverhältnis im Gültigkeitsbereich der diesbezüglichen Gesetze und Tarifverträge sowie zu einem Einkommen, das für die Erhaltung einer Familie ausreichend ist;
- die Normalarbeitszeit, d. h. eine regelmäßige Arbeit innerhalb der Zeitrhythmen Feierabend, Wochenende und Jahresurlaub sowie
- die Normalarbeitsbiographie, d. h. die Abfolge von Ausbildung, Berufstätigkeit und Ruhestand ohne unfreiwillige Unterbrechungen und Wechsel.

Normalarbeit hatte eine hohe Gültigkeit als Normalität (für Großteile insbesondere der männlichen und qualifizierten Arbeitsbevölkerung) und als Einstellungen und Handlungen leitende Norm, sowohl für die Burger wie für die Politik.

II. Bei den aktuellen Debatten um die Krise der Arbeitsgesellschaft geht es um verschiedene Phänomene der Erosion dieser national und historisch besonderen Normalarbeit durch die Flexibilisierung von Arbeit in verschiedenen Dimensionen:

- die dauerhafte Ausgrenzung eines Teils der Arbeitsbevölkerung durch Dauer- und Massenarbeitslosigkeit,
- die Erosion des Normalarbeitsverhältnisses durch Vertragsbefristungen und die Zunahme von Werkverträgen, durch Zeit- und Leiharbeit, durch Teilzeitarbeit, neue Formen der abhängigen Selbständigkeit und geringfügige Arbeit,
- die Erosion der Normalarbeitszeit durch flexible Arbeitszeitmuster (Überstunden, Wochenendarbeit, Zeitkonten),
- die Erosion der Normalarbeitsbiografie durch diskontinuierliche Lebensverläufe (Arbeitsplatzwechsel, vorübergehende Arbeitslosigkeit, zwischenzeitliche Qualifizierung) und gleitende Übergänge (Schülerarbeit/Rentnerarbeit, Einstiegs- und Ausstiegsphasen),
- die Entgrenzung von Arbeit und Leben (der unternehmerische Einzelne, flexible Zeiten, personenbezogene Dienstleistungen, self-services).

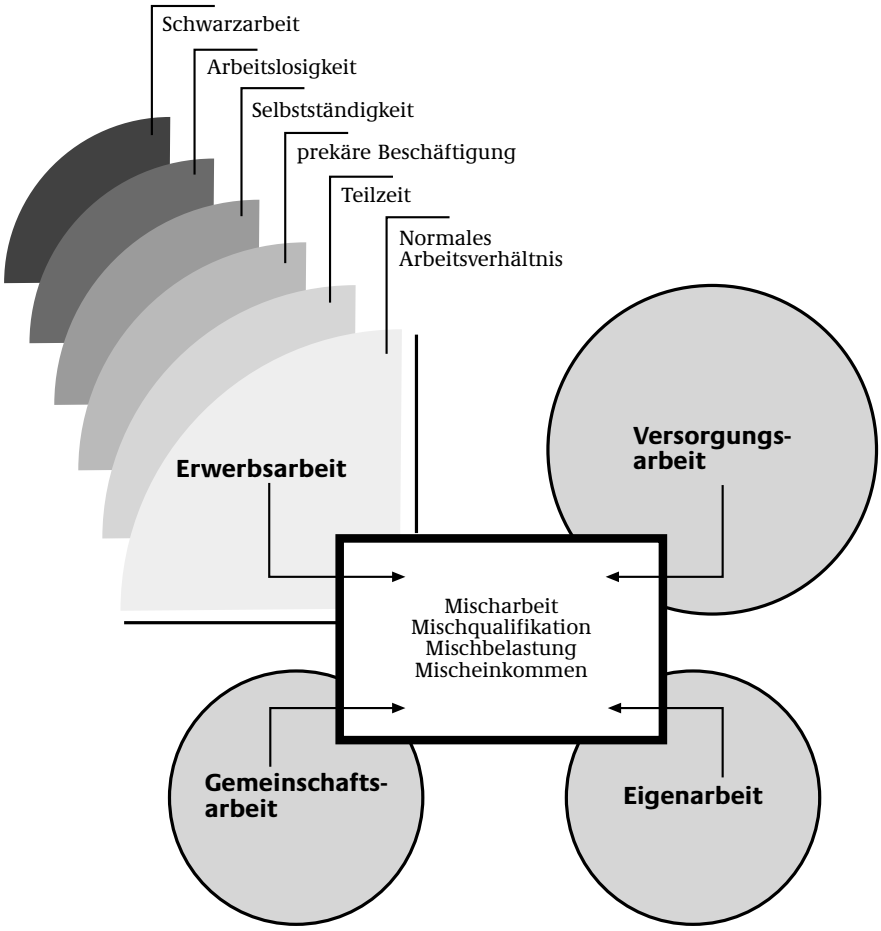
Diese Tendenzen der Erosion von Standards und Leitbild gelten insbesondere für neue Arbeitsverhältnisse und in den sich ausweitenden Dienstleistungssektor.

III. Die Sicht von Politik und Wissenschaft auf diese Trends und ihre Bewertung sind sehr unterschiedlich und begründen unterschiedliche Diskurse:
   a) Aus der Sicht der Unternehmen geht es um die Aktivierung und umfassende Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskraft zu möglichst geringen Kosten (Flexibilität, Mobilität, Erfolgsorientierung).
   b) Aus der Sicht der Arbeitsmarktpolitik geht es um die Herstellung eines vollbeschäftigungsnahen Zustandes durch Verbesserung der Investitionsbedingungen der Unternehmen und die Zurichtung des Arbeitsvermögens (Vermittlung, Qualifizierung, Subvention). Das heißt, es geht auch um die Erhaltung der gesellschaftlichen Normen der Erwerbsarbeit (bei pragmatischen Öffnungen an ihren Rändern).
   c) Aus der Perspektive des einzelnen Bürgers geht es um die (immer neue) Herstellung und Erhaltung der Beschäftigungsfähigkeit, um die Optimierung der Einkommen und der sozialen Sicherung sowie um die Vereinbarkeit von Arbeit und Leben.
   d) Aus der Sicht einer zukunftsfähigen, nachhaltigen Gesellschaftsentwicklung geht es (nach der Definition der Brundtland-Kommission) um die Befriedigung der Bedürfnisse der gegenwärtigen lebenden und der zukünftigen Generation.

   In einem umfangreichen Forschungsprojekt („Arbeit & Ökologie“) haben wir die sozialen Grundnormen der Nachhaltigkeit (menschenwürdiges Leben für alle, intergenerative und intragenerative Gerechtigkeit, Beteiligung) zu Kriterien sozialer Gerechtigkeit konkretisiert.
   1. Selbstbestimmte Lebensführung durch eigene Arbeit in verschiedenen Arbeitsformen;
   2. umweltverträgliche Grundbedürfnisbefriedigung, Gesundheit, lebenslange Lernprozesse; persönliche Entfaltung und Teilhabe;
   3. gesellschaftliches Sicherungssystem; Chancengleichheit durch gesellschaftliche Infrastruktur und Beteiligungsmöglichkeiten;
   4. soziale Innovationen; Gestaltung aller Formen der Arbeit, ihrer Kombinationen und Übergänge;
   5. aktive Teilhabe am gesellschaftlichen Leben (Bürgergesellschaft); Soziale Verträglichkeit und Akzeptanz von Nachhaltigkeitsstrategien)

   Durch die sozialen Normen der Nachhaltigkeit gerät die ganze gesellschaftliche Arbeit in den Blick.

IV. Die Betrachtung von Arbeit aus der Nachhaltigkeitsperspektive erfordert einen erweiterten Arbeitsbegriff, der alle gesellschaftlichen Arbeiten als Beitrag zu einem menschenwürdigen Leben begreift. Die bisherige Dominanz der Erwerbsarbeit bzw. die Nichtanerkennung der anderen Arbeiten haben zur Beeinträchtigung der Möglichkeiten und der Vereinbarkeit der verschiedenen Arbeiten geführt, sie schränken ein vielseitiges und selbstbestimmtes Leben ein, erzeugen Stress, beinhaltet die Gefahr von Armut (einschließlich Arbeitsarmut) und sozialer Exklusion und gefährdet ganze Versor-



Merkmale:

- Dominanz der Erwerbstätigkeit und ihrer Transformationsprozesse
- Ergänzungsverhältnis der Arbeiten in alltäglicher und biographischer Perspektive
- Sichtbarkeit von Ungleichverteilungen
- Offenheit für Vielfalt
- Unterschiedliche Prinzipien/Differenz (Geld, Fürsorge, Solidarität, Selbsthilfe)
- Chancen für Umverteilung, Teilhabe
- Kompetenzerweiterung durch Transfers, Reflexivität; Arbeitsgestaltung

Ambivalenzen:

- Hierarchie vs. Umwertung
- Ökonomisierung vs. Gemeinschaftlichkeit, sozial-ökologische Sorgfalt
- Zwang vs. Optionalität
- Belastung vs. Entlastung
- Armut (Mindesteinkommen, Grundsicherung)
- Nicht alles ist Arbeit
- Ökologische Effizienz und Verträglichkeit der Produktionsprozesse und Produkte

Abb. 1: Erweiterter Arbeitsbegriff: analytisches Konzept der Mischarbeit

gungsbereiche (Kinder-, Kranken- und Altenbetreuung, Bildung und Gesundheit). Nachhaltigkeit dagegen betont die Vielfalt von Arbeits- und Lebensformen, die soziale Gerechtigkeit und die Bedeutung von Versorgungsarbeit insbesondere für die zukünftigen Generationen.

V. Das Konzept der Mischarbeit (vgl. Schaubild) erfasst die Vielfalt der Kombinationen von Erwerbsarbeit, Versorgungsarbeit, Gemeinschaftsarbeit und Eigenarbeit in alltäglicher und in biografischer Perspektive. Es integriert die Beiträge der verschiedenen Arbeiten, verdeutlicht ihre Vielfalt und die empirische Ungleichverteilung dieser Arbeiten auf die verschiedenen sozialen Gruppen. Sie öffnet den

Blick für unterschiedliche Qualifikationen in diesen Bereichen, unterschiedliche Belastungen und unterschiedliche Formen von Einkommen. Diese Kombinationen können insbesondere Lebensphasen und Lebensstilen entsprechend sich ergänzen und Synergien erzeugen, aber sie können auch Konflikte, Einschränkungen und Überforderungen erzeugen, die in der Regel auf dem Rücken des Individuums ausgetragen werden.

Das Konzept der Mischarbeit ist erst einmal ein analytisches Konzept, das den Blick auf die (größtenteils) verborgenen Kombination freilegt. Es gibt allerdings eine wachsende Zahl von Beispielen für die organisierte, zugelassene Kombination von verschiedenen gesellschaftlichen Arbeiten und d. h. für die stärkere Herstellung sozialer Kreisläufe in der Arbeit:

- Schüler und Studenten mit Nebenverdienst,
- das sozialökologische Jahr oder der Zivildienst,
- Mütter in Teilzeitarbeit, Mehrfacherwerbsarbeit,
- Nebenerwerbs-Landwirtschaft,
- Freistellungen von Erwerbsarbeit in Form von Erziehungs- und Bildungsurlaub, Sabbaticals, ehrenamtliche Tätigkeit mit und ohne Freistellung,
- Mentoring durch RentnerInnen.

An den Beispielen wird schnell deutlich, dass diese Mischformen hochgradig ambivalent sind, also je nach Bedingungen und Ausgestaltung unfreiwillig, ärmlich und anstrengend oder aber selbstbestimmt und befriedigend sein können. Das Konzept erfasst dabei auch die extremen Kombinationen der verschiedenen Arbeitsformen, wie sie in den Ländern der Dritten Welt vorherrschen (Dominanz der informellen Arbeit). Mithilfe des Konzepts kann die Ungleichverteilung der Arbeiten und der daran gebundenen Lebensqualität zwischen den sozialen Gruppen, den Geschlechtern und auch zwischen Ländern abgebildet werden.

VI. Das Konzept der Mischarbeit ermöglicht den Blick auf gemeinsame Problemlagen und gemeinsame Lösungsstrategien der schwerpunktmäßig auf Nicht-Erwerbsarbeit verwiesenen sozialen Gruppen:
   1. die Anerkennung und Aufwertung informeller Arbeit:
      - die Bereitstellung von Infrastrukturen, u. a. ökologische Versorgungsnetze und Verbraucherschutz,
      - die Qualifizierung und Zertifizierung z. B. ehrenamtlicher Arbeit,
      - Anerkennung der Zeiten informeller Arbeit in den Sozialversicherungen,
      - die Beteiligung an gesellschaftlicher Willensbildung und Entscheidungsfindung,
   2. die Vereinbarkeit mit Erwerbsarbeit: Zentralität von Arbeitszeitpolitik
      - optionale Arbeitszeiten in allen Zeitdimensionen (work-life balance, Lebensarbeitszeit),

- Arbeitszeitverkürzung und gezielte Arbeitsumverteilung,
- Ausweitung von Freistellungsmöglichkeiten (z. B. Ehrenamt),
- Angebot variabler Arbeitsformen mit Wechseloption (Vollzeit – Teilzeit),

3. Sicherheit in flexiblen Lebensläufen:
   - Flexicurity durch die unterstützende Regelung von Kombinationen und Übergängen,
   - allgemeine Grundsicherung.

Bei all diesen Problemlagen und Problemgruppen geht es generell um die Anerkennung des Beitrags der so genannten informellen Arbeiten zur individuellen Lebensführung, zur materiellen und sozialen Versorgung und zur Zivilgesellschaft, und d. h. es geht auch um die Gestaltung der stattfindenden Veränderungen von Arbeitsformen und Lebensläufen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung.

VII. Einen zentralen Stellenwert bei der Ausgestaltung von Mischarbeit nehmen die Zeitarrangements ein. Im Verständnis der Erwerbsarbeitsgesellschaft ist das Unternehmen (bzw. der Markt) der Taktgeber für die individuelle Arbeitszeit. Die bzw. der einzelne Beschäftigte muss aktiv gestalten, wie er die zunehmend flexiblen Zeitanforderungen des Unternehmens (Länge, Lage und Regelmäßigkeit der Arbeitszeit) mit seinen privaten Anforderungen und Interessen „vereinbaren“ will. Dieses Problem ist insbesondere Frauen mit jüngeren Kindern seit langem vertraut, verschärft sich aber mit der steigenden Erwerbsquote der Frauen und generell veränderten Einstellungen der jüngeren Menschen. Ich möchte abschließend nur illustrieren, dass in den letzten Jahren eine Reihe von Arbeitszeitregelungen entwickelt worden sind, die Chancen für diese Vereinbarkeit zum Thema haben und nicht nur auf die Familie zielen, sondern auch auf eigeninitiative Weiterbildung, auf Erholungsphasen, freiwilliges Engagement, Eigenarbeit und andere selbstverwirklichende Tätigkeit. Im Bezug auf das ganze Leben sind dies Modelle der „Lebensarbeitszeit“, die innerhalb dieses Gesamtvolumens Zeitfenster (d. h. arbeitsfreie Zeitphasen bzw. Zeitanteile) für Familie, Weiterbildung, Erholung und Bürgerarbeit vorsehen, ohne die soziale Sicherheit zu verringern. In stärker alltäglicher Perspektive verbreiten sich die Nutzung von Zeitkonten mit unterschiedlichen Ausgleichzeiträumen (z. B. ein Jahr) und die Möglichkeiten befristeter Freistellungen (z. B. Sabbaticals). Diese Modelle können zur Abschwächung einer gesellschaftlichen Spaltung unserer Erwerbsarbeitsgesellschaft führen, bei der die Versorgungsarbeiten systematisch zu kurz kommen und die VersorgungsarbeiterInnen systematisch bezüglich Einkommen, sozialer Sicherheit und Anerkennung benachteiligt werden.

1. Podiumsdiskussion: Soziale Nachhaltigkeitspolitik – Nachhaltige Sozialpolitik

Podium: **Silke Moschitz,** Europasekreteriat des Internationalen Rates für kommunale Umweltinitiativen (ICLEI),
Dr. Dr. Martina Schäfer, Bund für Umwelt und Naturschutz, TU Berlin
Martin Stuber, Deutscher Gewerkschaftsbund, Abteilung Struktur- und Umweltpolitik
Moderation: Heike Leitschuh-Fecht

Heike Leitschuh-Fecht eröffnete die Podiumsdiskussion anknüpfend an Herrn Hildebrandts Vortrag mit der Frage an Martina Schäfer, wo sie die Chancen für eine nachhaltige Entwicklung in der Arbeitswelt sieht.

Martina Schäfer stimmte dem von Herrn Hildebrandt skizzierten Bild zu und stellte fest, dass dieses in Fachkreisen nicht neu sei. Seit Jahren sei bekannt, dass eine Vollerwerbsquote nicht erreichbar sei. Das auszusprechen habe sich lediglich bisher keine Bundesregierung getraut. An dem Entwurf des Strategiepapiers kritisierte Frau Schäfer, dass diesbezüglich eine grundsätzliche Herangehensweise fehle. Niemand vertrete nach außen hin eine Kultur, die die Anerkennung anderer Arbeitsformen widerspiegelt. Der Bundeskanzler trete im Gegenteil auf mit der Parole, dass Arbeitslose faul seien. Frau Schäfer forderte, dass hier politisch grundsätzlich anders gehandelt werden müsse. Ihr fehlen hier die richtigen Signale. Sie wies darauf hin, dass befristete Arbeitsverhältnisse noch nicht die Realität der überwiegend männlichen und älteren politischen Elite seien. Hierin vermutete sie den Grund vieler Defizite, da ein anderer Umgang, eine Kultur der Anerkennung von gesellschaftlich relevanter Arbeit, auch im Alltag zutage treten müsse. Frau Schäfer betonte, dass Erziehungsarbeit und Versorgungsarbeit besser anerkannt werden müssen, da gerade die Erziehung der nachfolgenden Generation eine sehr wichtige Aufgabe sei.
In ihrem Statement kritisierte Frau Schäfer die geringe Anerkennung von ehrenamtlich geleisteter Arbeit. Im Rahmen ihrer Tätigkeiten beim BUND habe sie gesehen, dass in diesem Bereich viel Arbeit geleistet werde, die sonst nicht geleistet würde. Ehrenamtliche Arbeit biete auch die Möglichkeit, Demokratie zu leben und Kompetenzen zu gewinnen. Allerdings gab sie zu bedenken, dass diese Arbeiten vor allem von gebildeten Leuten aus der Mittelschicht, die auch einer Erwerbstätigkeit nachgehen, ausgeführt werden. Frau Schäfer sah in den fehlenden Überlegungen, wie man auch andere gesellschaftliche Gruppen zu Ehrenämtern hinführen könnte, ein Defizit des Strategiepapieres.

Frau Leitschuh-Fecht leitete zu ihrer Eingangsfrage an Herrn Stuber über, indem sie feststellte, dass in der Vergangenheit mit dem Slogan „Umweltschutz schafft Arbeitsplätze“ bei Unternehmen und Gewerk-

schaften geworben worden sei. Sie gab die Einschätzung wieder, dass Nachhaltigkeitsstrategien nicht zu Vollerwerbstätigkeit führen werden und bat Herrn Stuber, hierzu die Diskussion in den Gewerkschaften darzustellen.

Martin Stuber benannte Arbeitsumverteilung als wichtiges Thema bei den Gewerkschaften. Er wollte den Blick jedoch stärker auf den global gesetzten Rahmen lenken, der nach seiner Meinung bisher nicht genannt wurde. Er gab zu bedenken, dass Flexibilität von den Menschen selber als Gewinn, und nicht als Notlösung, begriffen werden müsse. Auch die ungleiche Verteilung von Chancen und die Frage nach der gesellschaftlichen Bereitschaft zur Finanzierung von Menschen ohne Erwerbsarbeit müsse in dem Diskurs Beachtung finden. Herr Stuber hob die Problematik der Organisation der Umverteilung hervor, da der Staat hierzu immer weniger in der Lage sei. Er warf die Frage auf, ob die Zivilgesellschaft in Deutschland schon soweit sei, dies leisten zu können. Als wichtigen Aspekt benannte er abschließend den Niedriglohnsektor, in dem Menschen arbeiten und trotzdem arm bleiben. Er vertrat die Auffassung, dass die Ausweitung des Niedriglohnsektors die falsche Strategie in Richtung Nachhaltigkeit sei, da sie eine gesellschaftliche Schieflage bewirken könne.

Frau Leitschuh-Fecht forderte Frau Moschitz, die europaweit mit Kommunen im Prozess der lokalen Agenda zusammen arbeitet, auf, ihre Einschätzung zu der Bedeutung von sozialen Fragestellungen in diesen Prozessen zu geben.

Silke Moschitz betonte, dass Umweltthemen weiterhin lokale Agenda-Prozesse dominieren und messbare Erfolge bei Projekten der sozialen Nachhaltigkeit rar seien. Sie hob jedoch hervor, dass das Thema soziale Nachhaltigkeit in Zukunft sehr wichtig werde und auch bei sozialen Nachhaltigkeitsstrategien auf die Umweltverträglichkeit geachtet werden müsse. Im Bereich Stadtplanung sei es beispielsweise einfach, zur Deckung des Wohnbedarfes neue Flächen auszuweisen und neue Häuser zu bauen. Hierdurch würden jedoch Ausgleichsflächen für die Natur zerstört. Frau Moschitz betonte hier die Notwendigkeit, Umweltaspekte mit zu denken. Im Bereich der lokalen Ökonomie nannte sie die Verknüpfung von Wirtschaftsförderung mit den Bedürfnissen der Bevölkerung als anstehendes Thema.

Anknüpfend an die Frage nach den Akteuren von **Frau Prof. Dr. Müller** wollte Frau Leitschuh-Fecht von Frau Moschitz wissen, inwiefern die Kommunen ein wichtiger Akteur seien.

Frau Moschitz stellte fest, dass die Kommunen aufgrund der Nähe zu den Menschen eine sehr wichtige politische Ebene darstellen. Lokale Diskussionen beschränkten sich nicht auf eine politische Elite, sondern würden unter Nachbarn und Freunden geführt. Allerdings seien auch auf kommunaler Ebene nicht sämtliche gesellschaftliche Gruppen inte-

griert. Frau Moschitz bekräftigte die wichtige Rolle der Kommune am Beispiel der Wertediskussion. Auf dieser Ebene sei es möglich, über die Frage der Lebensqualität und der Lebensvorstellungen zu reden.

Frau Leitschuh-Fecht bat nach diesen Eingangsstatements des Podiums die TagungsteilnehmerInnen um Stellungnahmen.

In Bezug auf Nachhaltigkeitsstrategien in Deutschland beschäftigten **Holger Wittig-Koppe** vom Paritätischen Wohlfahrtsverband die Fragen der Verwirklichung und der Glaubwürdigkeit. Er gab zu bedenken, dass Politik momentan durch eine weitere Ausgrenzung von Ausgegrenzten aktuell das Gegenteil von Nachhaltigkeit bewirke und eine ernsthafte Auseinandersetzung mit der Zukunft der Erwerbstätigkeit fehle. Er benannte Parallelen zu der Diskussion um Bürgerengagement. Hier sei deutlich geworden, dass Bürger an Grenzen geraten, wenn sie sich einmischen. Bei Politikern könne eine gewisse Bürgerverdrossenheit beobachtet werden. Er forderte für die Zukunft Überlegungen zur Gestaltung von organisierter Partizipation.

Zu der Idee des nachhaltigen Warenkorbes bat **Frau Dr. Gräfin von Bassewitz** Frau Schäfer um eine Stellungnahme. An Frau Moschitz richtete sie die Frage nach der konkreten Umsetzung von sozialer Nachhaltigkeit in den Kommunen.

Frau Richter vom Diakonischen Werk der evangelischen Kirchen in Deutschland e. V. richtete den Blick auf konkrete Erwartungen an Nachhaltige Entwicklung. Sie kritisierte an dem Strategiepapier dessen Unverbindlichkeit und rein appellativen Charakter. Bisher seien wenig soziale Aspekte benannt. Sie plädierte dafür, Armutsbekämpfung nicht nur als globales Thema zu benennen, sondern auch die Problemlage in Deutschland zum Schwerpunkt zu machen. Ohne konkrete Inhalte befürchtete Frau Richter, dass das Papier lediglich Selbstverpflichtungen der Akteure und schöne Worte zur Folge habe. Konkretisierung bedürfe zum Beispiel der Begriff soziale Stadt.

Herr Stuber erinnerte an die Rahmensetzung der Kommunen. Spielraum für „Luxusthemen“ wie Nachhaltigkeit sei hier inzwischen kaum mehr vorhanden. Er beklagte den fehlenden finanziellen Rahmen, den die Bundesregierung entgegen ihrer Versprechungen nicht erweitert hat. Bei Akteuren auf kommunaler Ebene verwies Herr Stuber auf die Unternehmen vor Ort und deren Verhalten in den Kommunen. Diese könnten durch die Schaffung von Anreizen vor Ort sozial und ökologisch investieren und sich in regionale Entwicklungskonzepte einfügen. Er forderte eine Weiterentwicklung der bisherigen Ansätze von Life-Cycle-Assesment auf betrieblicher Ebene und Umweltberichterstattung gegenüber der Region.

Frau Schäfer zeigte sich über die mit dem nachhaltigen Warenkorb verbundenen Hoffnungen überrascht, da das Wissen über nachhaltige

Produkte gut entwickelt sei. Konsum sei nur ein kleiner Teil des Lebens. Frau Schäfer bekräftigte, dass die Idee eines nachhaltigen Warenkorbes nicht innovativ sei, da Produkte an Bedeutung abnehmen und Dienstleistungen, welche sich in einem Warenkorb schlecht abbilden ließen, wichtiger werden sollten. Sie vertrat die Auffassung, dass weniger ein Wissensdefizit zu nachhaltigen Produkten existiere, als viel mehr die Frage der Umsetzung ungeklärt sei. Einen zentralen Punkt sieht sie hierbei in der zur Verfügung stehenden Zeit, z. B. für das Einkaufen und Kochen von frischem Gemüse, und inwiefern sich die Tätigkeiten mit der Erwerbs- und Familienarbeit kombinieren lassen. In diesem Bereich werde die Verantwortung vor allem Frauen zugeschoben. Diese Fragen könne man mit einem Warenkorb kaum angehen. Abschließend verwies Frau Schäfer noch auf die Preisdiskussion. Es sollte vermittelt werden, dass ökologische Ernährung nicht teurer sein muss als konventionelle.

Zur Verdeutlichung der konkreten Umsetzung in Kommunen ging **Frau Moschitz** auf einige Beispiele ein. In einigen Städten sei die Idee von Recyclingkaufhäusern realisiert worden in denen Langzeitarbeitslose ausgebildet, Secondhand-Geräte repariert und verkauft würden, teilweise auch Cafés eingegliedert seien. Als weitere Beispiele benannte sie Tauschringe und Bürgerbüros, die sich auf die Bedürfnisse von BürgerInnen einstellen. Projekte zu „Zeiten der Stadt“, die für BürgerInnen geeignete Öffnungszeiten ermitteln, ermöglichten flexiblere Lösungen, die eine Entlastung von Hausfrauen zur Folge hätten. Ein weiteres Beispiel sei nachbarschaftliches Wohnen, das den sozialen Zusammenhalt fördern und die Stadt lebenswert erhalten könne.
Frau Moschitz unterstrich, dass das Wissen vorhanden ist, und benannte die Zusammenführung von Wissen als künftige Aufgabe. Stadtmarketingprozesse sollten nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch in Kombination mit anderen Akteuren angestoßen werden. Notwendig sei eine Bündelung der Kräfte für eine bessere Kommunikation darüber, was Nachhaltigkeit ist. Hier müsse man vom Verzichtsgedanken wegkommen, um mit einem positiveren Image zur Umgestaltung des Lebenswandels zu motivieren. Zur besseren Kommunikation über Nachhaltigkeit müsse eine Zusammenarbeit und Öffentlichkeitsarbeit auf nationaler Ebene erfolgen.

Zur Frage nach der Rolle von Kommunen merkte **Herr Hildebrandt** vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung an, dass die strategische Beteiligung verschiedener Akteure oft nicht funktioniere. Er sieht die geringe Lernfähigkeit von Verwaltungen als Hindernis für eine nachhaltige Kommunalverwaltung. Problematisch sei für die Verwaltung zudem eine langfristige Planung und eine Zusammenarbeit zwischen Ressorts. Dialoge und Beteiligung seien nicht dasselbe, betonte Herr Hildebrandt. Beteiligung bestünde nicht nur aus Gesprächen sondern müsste Zusammenarbeit bedeuten. Die Anerkennung ehrenamtlicher Arbeit fehle, obwohl fast 100 % der Arbeit im Bereich Nachhaltigkeit ehrenamtlich laufe. Im Rahmen des Strategiepapiers plädierte er

dafür, die Frage der ehrenamtlichen Arbeit ernstzunehmen und zu einem Leuchtturmprojekt zu machen.
Abschließend zog Herr Hildebrandt in Zweifel, ob die Wiedereingliederung in den ersten Arbeitsmarkt als Indikator der Arbeitsmarktpolitk noch geeignet sei. Erfolge lokaler Beschäftigungsbündnisse, durch die beispielsweise in der Nachbarschaftshilfe neue Tätigkeiten entstünden, spielten aufgrund dieses Indikators keine Rolle. Die Arbeitslosenquote habe ebenfalls nur eine begrenzte Aussagekraft und berücksichtige neue Formen der Arbeit nicht.

Als grundlegendes Problem der Nachhaltigkeit stellte **Frau Vorholz** vom Deutschen Landkreistag die Diskrepanz zwischen der Umsetzung vor Ort und den Visionen fest. Sie kritisierte an dem Nachhaltigkeitspapier, dass zwar Kinderbetreuung gefordert, der fehlende finanzielle Spielraum der Kommunen hierfür jedoch außer acht gelassen werde. Aufgrund der Vielfalt an Aufgaben bezweifelte Frau Vorholz, dass die Akteure in der Lage seien, die Konzepte umzusetzen. Die Senkung der Einnahmeseite bei gleichzeitiger Erhöhung der Ausgabenseite funktioniere nicht. Frau Vorholz plädierte für Überlegungen in Richtung Doppelhaushalt, der langfristige Investitionen planbar machen könnte. Abschließend betonte sie die Notwendigkeit für Kommunen, auf Engagement und Ehrenamt zu bauen, wobei das Augenmerk auf die Jugend zu richten sei.

Frau Leitschuh-Fecht stellte, bewusst provozierend, an das Podium die Frage, ob das Ehrenamt nicht zur Falle werde. Es berge nämlich die Gefahr, den Staat bequem aus der Verantwortung zu entlassen.

Frau Schäfer machte deutlich, dass ehrenamtliches Engagement mit der Einforderung des staatlichen Beitrages einher gehe, da Ehrenamtliche an Grenzen stoßen. Sie sprach sich gegen die Mittelkürzungen bei Verbänden und sozialen Trägern aus, da dies nicht nachhaltig und vorsorgend sei. Fehlende Investitionen in den Nachwuchs würden in der Zukunft teuer zu stehen kommen.

Martin Stuber nahm eine ambivalente Haltung zum Ehrenamt als Leuchtturmprojekt des Nachhaltigkeitspapiers ein. Er kritisierte an dem Papier vor allem, dass soziale Aspekte bisher unterentwickelt seien und auch dort, wo es möglich wäre, nicht integriert wurden. Obgleich er die große Bedeutung des Ehrenamts sieht, zieht er in Zweifel, dass es in dem Papier im Mittelpunkt stehen müsse. Ehrenämter stellten keinen Ersatz für Erwerbsarbeit dar.

Aus kommunaler Sicht hob **Frau Moschitz** hervor, dass die Kommunen durchaus versuchen, ehrenamtliche Tätigkeit zu würdigen. Im Agenda-Prozess sei von zentraler Bedeutung, dass vereinbart wird, was mit den Ergebnissen der lokalen Agenda-AGs passiere. Sonst könnte es dazu kommen, dass diese eine reine Spielwiese blieben.
Dem Vorwurf der langsamen Lernfähigkeit von Verwaltung wider-

sprach Frau Moschitz. Sie verwies auf die Ergebnisse einer europaweiten Studie, die Lernprozesse in der Verwaltung als einen Haupterfolg der lokalen Agenda ermittelte. Zum Thema Abgabe von Kompetenzen betonte Frau Moschitz die Notwendigkeit für die Kommunen, ihre politische Legitimation aufrecht zu erhalten. Die Kommune müsse sich bei der Zusammenarbeit mit anderen Akteuren als Moderator verstehen, der das Gemeinwohl im Auge behalte und keine Partikularinteressen vertrete.

Frau Leitschuh-Fecht warf bezugnehmend auf den Titel der Podiumsdiskussion die Frage auf, inwiefern eine Aufsplitterung des Nachhaltigkeitsdiskurs in die verschiedenen Säulen angebracht sei. An die Tagungsteilnehmerinnen und Tagungsteilnehmer , die aus dem sozialpolitischen Kontext kämen und damit ein anderes Publikum als üblicherweise bei Nachhaltigkeits-Veranstaltungen seien, stellte sie die Frage, wo Möglichkeiten der Verknüpfung der Diskurse gesehen werden. Sie sprach die Frage nach einem guten, erfüllten Leben, die früher von Umweltverbänden und Gewerkschaften diskutiert worden sei, und die Lebensstildebatte als mögliche Schnittstellen an.

Gitta Barufke von der Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen stellte fest, dass es auf theoretischer Ebene zwar viele Verknüpfungspunkte gäbe, in der praktischen Sozialpolitik aber Geld und nicht Nachhaltigkeit das Entscheidungskriterium sei. Sie sah eine Chance der Nachhaltigkeit in einer Fokusverschiebung weg von der Erwerbsarbeit und kritisierte die Stigmatisierung derjenigen, die außerhalb der Erwerbstätigkeit sind, weswegen das Ehrenamt so wenig Wert habe.

Gerda Pfahl, stellvertretende Sprecherin des AK Gesundheit des BUND, warf die Frage nach den Aufgaben der Kommunen auf. Sie stellte fest, dass Kommunen bisher eher im nachsorgenden Bereich tätig seien und weniger gesundheitsförderliche, vorsorgende Maßnahmen träfen, da hierfür das Geld fehle. Sie forderte, dass die Kommunen im Zuge einer nachhaltigen Entwicklung die Aufgabe erhalten, für Lebensqualität zu sorgen und sprach sich für eine vertiefende Debatte über soziale Indikatoren, Demokratie und Partizipation aus. Befähigung und Partizipation, wozu beispielsweise konkrete Vorstellungen der Weltgesundheitsorganisation vorlägen, tauchten bisher nicht in dem Nachhaltigkeitspapier auf.

Klaus Pritzkuleit von der Diakonischen Arbeitsgemeinschaft evangelische Kirchen wies darauf hin, dass bisher nicht unbedingt klar sei, was die einzelnen Politikfelder unter Nachhaltigkeit verstehen. Er vertrat die Auffassung, dass die Visionen der Nachhaltigkeit und eine Politik, die nur von Anfang bis zum Ende einer Legislaturperiode plane, nicht zusammenpassen. Nachhaltigkeit sei eine Frage des Zusammenhalts und der Solidarität und damit der Werten der Gesellschaft, nicht nur der Finanzierbarkeit. Hier müsse geklärt werden, um welche Werte es uns gehe. Als zweiten wichtigen Punkt in der Debatte benannte Herr

Pritzkuleit den Umgang mit dem bereits Erarbeiteten, da die vorliegenden Ergebnisse bisher in der Politik nicht berücksichtigt würden.

Ingrid Fuhrmann von der Deutschen Alzheimer Gesellschaft e. V. sprach als wichtigen Aspekt an, dass Menschen, die sich nicht äußern können, häufig nur durch Ehrenamtliche Gehör fänden.

Frau Leitschuh-Fecht forderte das Podium zu einer Abschlussrunde auf.

Frau Moschitz begrüßte die interessanten Anregungen des Vormittags. Sie unterstrich die Notwendigkeit, dass die Kommunen verstärkt den sozialen Bereich sowie die Bedeutung von Lebensqualität und sozialem Zusammenhalt ansprechen müssten. Sie stellte fest, dass die soziale Dimension der Dreh- und Angelpunkt des Modells Nachhaltigkeit sei, da der endliche Ressourcenvorrat in Lebensqualität von Menschen gewandelt werde. Sie plädierte dafür, uns Menschen und unsere Lebensstile mehr in den Mittelpunkt zu stellen.

Martina Schäfer betonte abschließend, dass nachhaltige Lebensstile vorgelebt werden müssten, statt dass nur immer mehr darüber geschrieben werde. Es solle Eingang in den Alltag der politischen und wissenschaftlichen Eliten finden. Frau Schäfer sprach sich für Teilzeitprofessorinnen/Teilzeitprofessoren und Teilzeitpolitikerinnen/Teilzeitpolitiker aus, da dies „Projekte mit einer gewissen Ausstrahlung“ seien. Von den Kommunen forderte sie mehr Gegenwind und entschiedeneren Widerstand gegen die massiven Kürzungen. Die Kommunen müssten massiv eigene Forderungen einbringen.

Die Notwendigkeit, zukünftig nicht nur Synergieeffekte zu nutzen, sondern auch Zielkonflikte auszutragen, unterstrich **Herr Stuber** in seinem abschließenden Statement.

Christina Behrendt

Indikatoren im sozialen Bereich in europäischer Perspektive

1. Einführung

In den letzten Jahren wurden Indikatoren verstärkt als Instrument der Politik genutzt, wobei die Formulierung nationaler Nachhaltigkeitsstrategien nach dem Gipfel von Rio diese Entwicklung nachdrücklich vorangetrieben haben.[1] Im Vergleich zu den Bereichen Umwelt und Wirtschaft ist jedoch die Wahl von Indikatoren weniger eindeutig und klar. Dies ist zum einen eine Folge dessen, dass keine Einigkeit über die Ziele und Inhalte von Nachhaltigkeit im sozialen Bereich besteht. Die Vielzahl möglicher Auslegungen dieses Begriffs münden in eine scheinbare Beliebigkeit, während die politische Debatte noch nicht weit genug fortgeschritten scheint, um klare Schwerpunkte zu definieren. Zum anderen ist die Auswahl und Definition von Indikatoren ein schwieriger Prozess, der in scheinbar kleinen Details schwerwiegende Vorentscheidungen in langfristiger Perspektive trifft.

Ohne auf die Problematik der Definition sozialer Nachhaltigkeit genauer einzugehen, wird dieser Vortrag einen Überblick über die aktuellen Entwicklungen im Bereich sozialer Indikatoren zur nachhaltigen Entwicklung aus einer europäischen Perspektive zu geben und die Verwendung von Indikatoren als Instrument der Politik diskutieren.

Im folgenden werden zunächst einige in den Nachhaltigkeitsstrategien verwendeten Indikatoren im sozialen Bereich beschrieben. Der dritte Teil des Vortrags geht dann allgemein auf die Verwendung von Indikatoren als Instrument der Politik ein und diskutiert einige dabei typischerweise auftretenden Probleme. Im vierten Teil werden dann einige Themenbereiche der Nachhaltigkeit im sozialen Bereich und die zu deren Beschreibung verwendeten Indikatoren herausgegriffen und verglichen. Ein kurzes Fazit schließt den Vortrag ab.

---

[1] Nachhaltige Entwicklung wird von der Europäischen Union wie folgt definiert: „Erfüllung der Bedürfnisse der derzeitigen Generation, ohne dadurch die Erfüllung der Bedürfnisse künftiger Generationen zu beeinträchtigen [...] Hierzu ist es erforderlich, die Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik so zu gestalten, dass sie sich gegenseitig verstärken. Gelingt es nicht, Tendenzen umzukehren, die die künftige Lebensqualität bedrohen, so werden die Kosten für die Gesellschaft drastisch ansteigen oder diese Tendenzen werden unumkehrbar.“ (Europäischer Rat (2001): Schlussfolgerungen des Vorsitzes – Europäischer Rat (Göteborg), 15. und 16. Juni 2001, Brüssel: Europäischer Rat, S. 4). Die „klassische“ Definition nachhaltiger Entwicklung lautet wie folgt: „Sustainable development is development that meets the needs of the present without compromising the ability of future generations to meet their own needs.“ (World Commission on Environment and Development („Brundtland-Kommission“), 1987).

2. Nachhaltige Entwicklung und Indikatoren im sozialen Bereich

Die Bundesregierung hat in ihrem Entwurf einer nationalen Nachhaltigkeitsstrategie „Perspektiven für Deutschland – Strategien für eine nachhaltige Entwicklung“[2] eine Liste von 21 Kernindikatoren vorgelegt („21 Indikatoren für das 21. Jahrhundert“), die in Übersicht 1 aufgeführt werden. Die auf den sozialen Bereich entfallenden Indikatoren sind fett markiert, wobei die Grenzen jedoch schwer zu ziehen sind.

Diese Indikatoren sind meist mit quantifizierbaren Zielvorgaben verknüpft. So sollen beispielsweise die Ganztagsbetreuungsangebote im Jahr 2010 für 30 % der Kinder bis zu 12 Jahren zur Verfügung stehen; die Erwerbstätigenquote soll von 65,4 % (2000) auf 70% in 2010 erhöht werden; das Verhältnis der Bruttojahresverdienste von Frauen und Männern soll sich für vollzeitbeschäftigte 35–39-jährige von 76 % (1997) auf 85 % in 2010 verbessern; und der Anteil der ausländischen Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss soll von heute 16,7 % (1999) auf 9 % im Jahr 2020 (entspricht der heutigen Quote für deutsche Hauptschulabgänger ohne Abschluss) gesenkt werden.

ÜBERSICHT 1: INDIKATOREN IM ENTWURF DER DEUTSCHEN NACHHALTIGKEITSSTRATEGIE

1. Energie- und Rohstoffintensität
2. Emissionen der 6 Treibhausgase des Kyoto-Protokolls
3. Abteil erneuerbarer Energien am Energieverbrauch
4. Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche
5. Entwicklung der Bestände ausgewählter Tierarten
6. Finanzierungssaldo des Staatssektors
7. Investitionsquote
8. Private und öffentliche Ausgaben für Forschung und Entwicklung
9. **Ausbildungsabschlüsse der 25jährigen und Zahl der Studienanfänger**
10. Bruttoinlandsprodukt
11. Transportintensität und Anteil der Bahn an der Güterverkehrsleistung
12. Anteil des ökologischen Landbaus
13. Schadstoffbelastung der Luft

[2] Bundesregierung (2001): Perspektiven für Deutschland – unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung: Entwurf der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie, Berlin: Bundesregierung.

14. Zufriedenheit mit der Gesundheit und vorzeitige Sterblichkeit (vor einem Alter von 65 Jahren)

15. Zahl der Wohnungseinbruchsdiebstähle

16. Erwerbstätigenquote

17. Ganztagsbetreuungsangebote

18. Verhältnis der Bruttojahresverdienste von Frauen und Männern

19. Zahl der ausländischen Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss

20. öffentliche und private Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit

21. Einfuhren der EU aus Entwicklungsländern

Die Erarbeitung einer Nachhaltigkeitsstrategie ist eingebettet in eine internationale Bewegung, die insbesondere durch den Gipfel von Rio (1992) beeinflusst wurde. Der im September stattfindende Gipfel in Johannesburg steht in dieser Tradition. Auf internationaler Ebene wurde für die Kommission für nachhaltige Entwicklung (CSD) eine Liste von Indikatoren erarbeitet.[3] Folgende Indikatoren finden sich im Bereich soziale Entwicklung (nach Themen geordnet):

Übersicht 2: Indikatoren im sozialen Bereich der Kommission für nachhaltige Entwicklung (Auswahl)

- Soziale Gerechtigkeit („Equity"): (1) Armut (Anteil der Bevölkerung unter der Armutsgrenze; Einkommensungleichheit (Gini-Index); Arbeitslosenquote); (2) Gleichberechtigung von Frauen und Männern (Verhältnis des Durchschnittsverdienstes von Frauen und Männern)
- Gesundheit: Ernährungsstatus von Kindern; Sterblichkeit (Kindersterblichkeit [weniger als 5 Jahre]; Lebenserwartung bei der Geburt); sanitäre Einrichtungen; Trinkwasser; Gesundheitswesen (Anteil der Bevölkerung mit Zugang zur primären Gesundheitsversorgung, Immunisierung gegen ansteckende Kinderkrankheiten, Verhütung)
- Bildung: Bildungsniveau (Abschluss der Primär- und Sekundarschule); Alphabetisierungsrate der Erwachsenen
- Wohnung: Wohnfläche pro Person
- Sicherheit: Kriminalitätsrate
- Bevölkerung: Bevölkerungswachstum; Urbanisierungsrate

Die Europäische Kommission hat ebenfalls vor einiger Zeit die Grundlinien einer Nachhaltigkeitsstrategie[4] vorgestellt, die sechs Bereiche umfasst:

[3] Vgl. Commission for Sustainable Development (2001): Indicators for Sustainable Development: Framework and Methodologies, New York: United Nations, S. 14–16.

[4] Vgl. Europäische Kommission (2001b): A Sustainable Europe for a Better World: A European Union Strategy for Sustainable Development (Commission's proposal to the Gothenburg European Council), Brüssel: Europäische Kommission.

ÜBERSICHT 3: NACHHALTIGKEITSSTRATEGIE DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION

- Klimaveränderungen/Klimaerwärmung
- öffentliche Gesundheit (Antibiotika-Resistenz, Chemikalien, Lebensmittelsicherheit)
- steigender Druck auf natürliche Ressourcen
- Luft- und Umweltverschmutzung
- **Armut und soziale Ausgrenzung (negative Effekte wie Gesundheitsprobleme, Selbstmord, Langzeitarbeitslosigkeit. Besonders betroffen Alleinerziehende und alleinstehende ältere Frauen. „Vererbung" von Armut)**
- **Alterung der Bevölkerung (gebremstes Wirtschaftswachstum, Finanzierbarkeit der Alterssicherungssysteme etc.)**

Darauf Bezug nehmend, postulierte der Europäische Rat in Göteborg (15./16. Juni 2001) eine europäische Nachhaltigkeitsstrategie, erwähnte aber neben dem hauptsächlich auf Arbeits- und Verbraucherschutz abzielenden Bereich der öffentlichen Gesundheit den Sozialbereich nicht explizit.[5] Anlässlich der vorherigen Gipfel in Lissabon, Nizza und Stockholm wurden jedoch bereits Ziele und Maßnahmen beschlossen, um zwei dieser sechs Herausforderungen zu begegnen, der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung und der wirtschaftlichen und sozialen Implikationen einer alternden Gesellschaft.

Der Europäische Rat fordert die Mitgliedsstaaten zur Erarbeitung von nationalen Strategien und der Einrichtung eines geeigneten nationalen Konsultationsprozesses auf. Künftig sollen die Fortschritte auf der jährlichen Frühjahrstagung des Rates überprüft werden. Die Kommission wird einen jährlichen Synthesebericht auf der Grundlage einiger Leitindikatoren erstellen.[6]

Wie auch die deutsche Regierung haben zahlreiche andere europäische Länder eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie entworfen bzw. berichten im Hinblick auf den Gipfel von Johannesburg über die Erfolge ihrer Politik nach dem Gipfel von Rio.[7] Einige dieser Strategien enthalten klar

---

[5] „Aufbauend auf die Mitteilung der Kommission über nachhaltige Entwicklung, dem 6. Umweltaktionsprogramm und den Sektorstrategien für die Einbeziehung der Umweltdimension hat der Europäische Rat in einem ersten Schritt eine Reihe von Zielen und Maßnahmen ausgewählt, die als allgemeine Anhaltspunkte für die künftige Politikgestaltung in vier vorrangigen Bereichen dienen sollen, nämlich Klimaveränderungen, Verkehr, öffentliche Gesundheit und natürliche Ressourcen, wodurch die Beschlüsse, die der europäische Rat in Stockholm über soziale und wirtschaftliche Fragen gefasst hat, ergänzt werden." (Europäischer Rat (2001): Schlussfolgerungen des Vorsitzes – Europäischer Rat (Göteborg), 15. und 16. Juni 2001, Brüssel: Europäischer Rat, S. 6).

[6] Vgl. Ibid., S. 4–5.

[7] Vgl. z. B. Environmental Resources Management (2002): Ten Years After: Implementing Sustainability in the Netherlands since 1992, Report of the Netherlands Government to the United Nations in Preparations of the World Summit on Sustainable Development (Johannesburg, 2002), Utrecht: Environmental Resources Management; Norwegische Regierung (2002): Norway's Implementation of Agenda 21, Oslo: Norwegische Regierung; Schweizer Bundesrat (2001): From Rio to Responsibility – Switzerland's Progress

definierte Indikatoren (z. B. die des Vereinigte Königreichs), andere belassen es bei politischen Erklärungen. Einige der britischen Indikatoren werden im vierten Abschnitt genauer diskutiert werden.

3. Indikatoren als Instrument der Politik

Während Indikatoren traditionell in der Wissenschaft genutzt wurden[8], spielen sie in den letzten Jahren eine immer wichtigere Rolle als Instrument der Politik.[9] Typischerweise lässt sich die Nutzung von Indikatoren in vier Schritten beschreiben:
1. Identifikation von Zielen
2. Auswahl geeigneter Indikatoren
3. Definition von Zielvorgaben
4. Evaluation

Dabei können Indikatoren gerichtet sein auf
* Bestimmungsfaktoren (driving force indicators)
* Zustand (state indicators)
* Maßnahmen/Politik (response indicators)

Die Auswahl der geeigneten Indikatoren sollte sich nach der ins Auge gefassten Zielsetzung, der Verfügbarkeit entsprechender Informationen und der methodologischen Robustheit der Indikatoren richten.

Da eine einmal getroffene Auswahl von Indikatoren nur unter großen Einbußen wieder revidiert werden kann, ist es unabdingbar, sich zuvor eingehend mit der Selektion und Definition der Indikatoren zu befassen.[10] Fünf Grundprinzipien sind von entscheidender Bedeutung bei der Gestaltung eines Indikatorensystems für eine Nachhaltigkeitsstrategie:

1. **Klarheit:** Die Indikatoren sollten so gewählt werden, dass sie den Kern des jeweils interessierenden Aspekts der Nachhaltigkeit eindeutig erfassen und sich einer klaren Interpretation öffnen. Dies klingt selbstverständlich, ist in der Praxis aber sehr schwer zu erreichen. Insbesondere ist notwendig, sich auf die anzustrebenden Ziele und gege-

towards a Policy of Sustainable Development, 1992–2002 (Report of the Swiss Government to the Secretariat of the Commission on Sustainable Development), Bern: Schweizer Regierung; Vereinigtes Königreich (2001b): Achieving a Better Quality of Life, London: Regierung des Vereinigten Königreichs.

[8] Im sozialen Bereich ist hier insbesondere die Sozialberichterstattung zu nennen, die sich seit Jahren mit der Definition und Messung von Indikatoren auseinandersetzt; vgl. z. B. Wolfgang Zapf und Roland Habich (Hrsg.) (1996): Die Wohlfahrtsentwicklung im vereinten Deutschland: Sozialstruktur, sozialer Wandel und Lebensqualität, Berlin: Sigma; Heinz-Herbert Noll und Roland Habich (Hrsg.) (2000): Vom Zusammenwachsen einer Gesellschaft: Analysen zur Angleichung der Lebensverhältnisse in Deutschland, Frankfurt (Main): Campus.

[9] So unter anderem jüngst in der „Methode der offenen Koordinierung“ innerhalb der Europäischen Union.

[10] Ein guter Überblick über die Problematik der Anpassung der auf der internationalen Ebene verwendeten Indikatoren auf den nationalen Bereich findet sich in Schweizer Bundesamt für Statistik (1999): Nachhaltige Entwicklung in der Schweiz: Materialien für ein Indikatorensystem, Eine Pilotstudie unter Verwendung der Methodik der Kommission für nachhaltige Entwicklung der UNO (CSD), Neuchâtel: Bundesamt für Statistik.

benenfalls in gewissem Maße auch die zu ihrer Erreichung anzuwendenden Instrumente zu einigen.[11]

2. **Komplexität:** Das Indikatorensystem sollte umfassend und komplex genug sein, um die Vielfalt sozialer Lebenslagen angemessen erfassen zu können. Gleichwohl ist vor einem überladenen Indikatorensystem zu warnen; Masse ist auch hier nicht gleich Klasse.
3. **Konsistenz:** Das Indikatorensystem sollte in sich aussagekräftig, konsistent und ausgewogen sein. Die Indikatoren sollten so gewählt werden, dass eine begrenzte Anzahl von Indikatoren ein umfassendes Bild sozialer Entwicklung gibt, ohne einzelne Komponenten überzugewichten. Dies schließt jedoch nicht aus, dass einzelne Aspekte durch mehrere Indikatoren gemessen werden, sofern ein Indikator allein das Informationsbedürfnis nicht ausreichend befriedigt. Für die Formulierung einer Nachhaltigkeitsstrategie ergibt sich zudem die Schwierigkeit, die Indikatoren möglichst so zu wählen, dass sie auf Länder unterschiedlicher Entwicklungsniveaus anwendbar sind, gleichzeitig aber nationale Rahmenbedingungen gut wiederspiegelt.
4. **Kompatibilität:** mit anderen Komponenten der Nachhaltigkeitsstrategie, mit anderen Systemen sozialer Berichterstattung und mit internationalen Standards. Die Kompatibilität von Definitionen und Datenquellen ermöglicht, dass der bereits bestehende Wissensbestand zum einen genutzt, zum anderen auch weiterentwickelt werden kann.
5. **Kontinuität:** in der Berichterstattung, um Veränderungen über die Zeit erfassen und analysieren zu können. Jeder Eingriff in die Definition oder die Datenbasis von Indikatoren unterbricht eine Datenreihe und verhindert daher eine konsistente Analyse der Entwicklung über die Zeit. Da diese Indikatoren auch zur Analyse der Wirkungen von Reformen genutzt werden soll, ist die Kontinuität des Berichtssystems zentral. Um zu vermeiden, dass schon in Kürze wieder Anpassungen der Indikatoren notwendig sein werden, ist umso wichtiger, sich im Vorfeld mit den einzelnen Indikatoren kritisch auseinander zu setzen und ein konsistentes und dauerhaftes Konzept zu erstellen.

Bei der Verwendung von Indikatoren als Instrument der Politik ergeben sich folgende Herausforderungen für die Politik. Erstens besteht die Gefahr, sich leicht erreichbare anstatt sachlich notwendige Ziele zu setzen, um leichter Erfolge vorweisen zu können. Zweitens bringt die Konzentration auf das Erreichen der Zielvorgaben mit sich, das andere Bereiche vernachlässigt werden. Damit verbunden ist drittens die Gefahr, dass Interaktionen zwischen Politikbereichen nicht genügend beachtet werden. Schließlich kann viertens das Streben nach sichtbarem politischem Erfolg dazu führen, dass die Berichtssysteme Manipulationen unterzogen werden.

---

[11] Dennoch ist ein entscheidender Vorteil von Indikatoren als Instrument der Politik, dass prinzipiell lediglich Ziele definiert werden, ohne die zu ihrer Erreichung notwendigen Schritte im Detail zu spezifizieren. Je nach Politikbereich mag jedoch die Definition der Indikatoren bereits eine gewisse Vorentscheidung zu den zur Erreichung des Ziels notwendigen Instrumenten beinhalten.

4. Ausgewählte Themenbereiche und Indikatoren

Die große Zahl der in den einzelnen Nachhaltigkeitsstrategien enthaltenen Zielen und Indikatoren erfordert eine Auswahl von Indikatoren, auf die hier näher eingegangen werden soll. Übersicht 4 im Anhang zeigt eine Auswahl von Indikatoren im sozialen Bereich, die in der Kommission für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen[12]; der Europäischen Union[13], der Bundesregierung[14] und des Vereinigten Königreichs[15]. Hier werden einige dieser Themenbereiche bzw. Indikatoren herausgegriffen und etwas genauer betrachtet.

4.1 Beschäftigung

Im Unterschied zum Indikatorensystem der Kommission für nachhaltige Entwicklung enthalten die entsprechenden europäischen Nachhaltigkeitsstrategien Indikatoren zum Beschäftigungsniveau.[16] In der EU-Strategie finden sich die Erwerbstätigenquote für Frauen und Männer, sowohl für die Altersgruppen 15–64, als auch zusätzlich getrennt ausgewiesen für ältere Arbeitnehmer im Alter von 55–64. Sowohl der britische (Gesamterwerbstätigenquote für Frauen und Männer) als auch der deutsche Indikator (Gesamterwerbstätigenquote) verzichten auf die besondere Betonung älterer Arbeitnehmer.

Mit der Wahl der nicht differenzierten Gesamtbeschäftigungsquote verzichtet der deutsche Strategieentwurf auf eine nähere Erläuterung, in welchen Bereichen die Ausweitung der Beschäftigung erreicht werden soll. Im Prinzip kann dies durch die Erhöhung der Erwerbsneigung von Frauen, eine Verringerung der Tendenz der Frühverrentung sowie eine allgemeine Reduzierung von offener und verdeckter Arbeits- bzw. Erwerbslosigkeit erreicht werden. Durch die allgemeine Formulierung des Indikators werden zwar diesbezüglich alle Handlungsmöglichkeiten offengelassen, jedoch wird dadurch die Möglichkeit vergeben, durch eine klare Zieldefinition zukünftige politische Entscheidungen konsequent auf diese Ziele auszurichten und eine kohärente Strategie zu entwickeln. Dies gilt umso mehr, als sich auf der europäischen Ebene eine differenziertere Strategie herausbildet, die entsprechende Rückwirkungen auf die nationale Ebene haben wird.

Ein weiterer Punkt betrifft die Frage, wie mit der Frage des Arbeitsvolumens umgegangen werden soll. Die Erwerbstätigenquote sagt nichts

[12] Commission for Sustainable Development (2001): Indicators for Sustainable Development: Framework and Methodologies, New York: United Nations.

[13] Europäische Kommission (2001a): Structural Indicators, Brüssel: Europäische Kommission.

[14] Bundesregierung (2001): Perspektiven für Deutschland – unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung: Entwurf der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie, Berlin: Bundesregierung.

[15] Vereinigtes Königreich (2001b): Achieving a Better Quality of Life, London: Regierung des Vereinigten Königreichs; Vereinigtes Königreich (2001a): Review and Assessment of Progress Made by the United Kingdom in the Implementation of Agenda 21 at National and Regional Levels, London: Regierung des Vereinigten Königreichs.

[16] Die Kommission für nachhaltige Entwicklung nennt lediglich die Arbeitslosenquote als Indikator (vgl. Commission for Sustainable Development (2001): Indicators for Sustainable Development: Framework and Methodologies, New York: United Nations).

darüber aus, wie viel gearbeitet wird, da Voll- und Teilzeitbeschäftigung in gleichem Maße in diesen Indikator einfließen.[17] Es mag durchaus ein politisches Ziel sein, Arbeit auf eine größere Zahl von Erwerbstätigen zu verteilen; soll jedoch das Gesamtvolumen der in der Gesellschaft geleisteten Erwerbsarbeit gemessen werden, so wäre die Gesamterwerbsquote allein nicht ausreichend.

4.2 Gleichberechtigung von Frauen und Männern

In allen hier betrachteten Nachhaltigkeitsstrategien, mit Ausnahme des Vereinigten Königreichs, findet sich das Ziel der Verbesserung der Chancengleichheit von Frauen und Männern im Berufsleben, jeweils zielend auf die Verringerung der Unterschiede im Lohnniveau. Im Detail finden sich jedoch einige Unterschiede in der Definition und Messung dieses Indikators. Die Kommission für nachhaltige Entwicklung zielt auf das Verhältnis der Durchschnittsverdienste von Frauen und Männern, die EU wählt dagegen das Verhältnis der Stundenlöhne bei nicht-geringfügiger Beschäftigung (>15 Stunden pro Woche), ähnlich auch die Niederlande[18]. Im deutschen Entwurf wird dagegen das Verhältnis der Bruttojahresverdienste vollzeitbeschäftigter Frauen und Männer[19] als Indikator gewählt.

Diese Unterschiede im Detail können allerdings zu erheblichen Differenzen in der Messung dieses Indikators führen. So blendet beispielsweise der im deutschen Strategieentwurf gewählte Indikator den insbesondere für Frauen zentralen Bereich der Teilzeitbeschäftigung völlig aus, während dieser in den EU- und niederländischen Indikatoren zumindest teilweise berücksichtigt ist. Insofern wäre erwägenswert, die Definition dieses Indikators entsprechend zu modifizieren. Ein der europäischen Definition entsprechendes Konzept würde auch die internationale Vergleichbarkeit verbessern.

4.3 Kinderbetreuung

Mit dem Indikator des Anteils der Ganztagsbetreuungsplätze für Kinder unter 12 Jahren bietet der Entwurf der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie einen Indikator, der sich in keiner anderen der hier betrachteten Indikatorensysteme findet. Dieser Indikator zielt auf die Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Väter und Mütter, und ist damit indirekt auch mit der Erhöhung der Beschäftigungsquoten ver-

---

[17] Dies ist übrigens eines der „Geheimnisse“ des niederländischen „Beschäftigungswunders“, das vor allem durch die Ausweitung von Teilzeitarbeit zustande kam, während das gesamte Beschäftigungsvolumen (in Vollzeitäquivalenten) geringer ist als in Deutschland (vgl. Karl Hinrichs (2002): Combating unemployment: what can be learned from whom?, in Roland Sigg und Christina Behrendt (Hrsg.): Social Security in the Global Village, New Brunswick: Transaction: 247–272, im Erscheinen).

[18] Environmental Resources Management (2002): Ten Years After: Implementing Sustainability in the Netherlands since 1992, Report of the Netherlands Government to the United Nations in Preparations of the World Summit on Sustainable Development (Johannesburg, 2002), Utrecht: Environmental Resources Management.

[19] Es geht aus dem Strategieentwurf nicht ganz klar hervor, ob dieser Indikator lediglich auf die Altersgruppe 35–39 bezogen sein soll, oder alle Erwerbstätige umfasst.

knüpft.[20] Angestrebt wird die Erhöhung der im internationalen Vergleich unterdurchschnittlichen Betreuungsquote auf 30 % der jeweiligen Altersgruppen.
Es ist klar, dass dieser Indikator lediglich die Quantität der bereitgestellten Kinderbetreuungsplätze messen kann, nicht jedoch deren Qualität, die auf anderem Wege sichergestellt werden muss.

4.4 Sozialer Zusammenhalt

Ein Indikatorenbündel, das sowohl auf internationaler als auch auf europäischer Ebene enthalten ist, umfasst den Bereich des sozialen Zusammenhalts, der zumeist als Einkommensungleichheit und Armut operationalisiert wird.[21] Auch das britische Indikatorensystem bietet gleich vier Indikatoren zu diesem Thema: (a) der Anteil von Kindern in Familien mit dauerhaft niedrigen Einkommen, (b) der Anteil Erwachsener im erwerbsfähigem Alter ohne Ausbildung und (c) in Haushalten ohne Arbeit, sowie (d) das Ausmaß des Mangels an Heizmaterial („fuel poverty“) unter den Älteren.
Im deutschen Strategieentwurf fällt das Fehlen von Indikatoren zu diesem Bereich auf, zumal die Bundesregierung in den letzten Jahren in diesem Feld ihre Berichtsaktivitäten verstärkt hat, wie der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung zeigt.

5. Fazit

Die Übersicht im vorherigen Abschnitt hat gezeigt, dass sich trotz aller Verschiedenheit ein relativ großer Anteil der gewählten Indikatoren überlappt. Dies spricht dafür, dass die hier gefundene Balance zwischen internationalen und nationalen Prioritäten doch zu einem recht großen Kern gemeinsamer Anliegen geführt hat. Es wäre jedoch hilfreich, wenn diese inhaltliche Überlappung, soweit mit politischen Prioritäten vereinbar, auch zu einer einheitlichen Definition der Indikatoren führen würde, um die internationale Vergleichbarkeit der Indikatoren zu ermöglichen. Dies gilt umso mehr innerhalb für die Länder der Europäischen Union, für die ansonsten ein doppeltes Berichtssystem entwickelt werden müsste, das ähnliche Indikatoren mit voneinander abweichenden nationalen und europäischen Definitionen enthält.

---

[20] Im internationalen Vergleich industrialisierter Länder zeigt sich deutlich, dass die Verfügbarkeit von Kinderbetreuungseinrichtungen tendenziell mit hohen Beschäftigungsquoten von Müttern einhergeht (vgl. u.a. Janet C. Gornick, Marcia Meyers und Katherin Ross (1997): Supporting the employment of mothers: policy variation across fourteen welfare states, Journal of European Social Policy 7 (1): 45–70; Katja Forssén und Mia Harkovita (2002): Family policy, work incentives and the employment of mothers, in Roland Sigg und Christina Behrendt (Hrsg.): Social Security in the Global Village, New Brunswick: Transaction: 297–311, im Erscheinen).

[21] Es ist klar, dass diese Operationalisierung nur einen sehr kleinen Ausschnitt des sozialen Zusammenhalts reflektieren kann. Für eine weitergehende Diskussion und einige alternative Indikatoren, siehe z. B. Petra Böhnke (2001): Nothing Left to Lose? Poverty and Social Exclusion in Comparison: Empirical Evidence on Germany, Diskussionspapier der Abteilung „Sozialer Wandel, Institutionen und Vermittlungsprozesse“ des Wissenschaftszentrums Berlin Berlin: WZB.

Abschließend soll nochmals betont werden, dass eine sorgfältige Auswahl und Definition der Indikatoren eine zentrale Komponente für den Erfolg der Nachhaltigkeitsstrategie ist. Nicht nur in der Definition der Politikinhalte, sondern auch in der Definition der Indikatoren ist notwendig, eine langfristige Perspektive im Hinblick auf Konsistenz und internationale Vergleichbarkeit einzunehmen. Nur wenn die Ziele dieser Strategie klar definiert werden, kann auch gezielt auf die Erreichung dieser Ziele hingearbeitet werden.

Anhang

ÜBERSICHT 4: AUSGEWÄHLTE INDIKATOREN IM SOZIALEN BEREICH

	Kommission zur nachhaltigen Entwicklung der UNO	**Europäische Union**	**Bundesgierung**	**Vereinigtes Königreich**
Erwerbstätigenquote	–	Erwerbstätigenquote (15–64), total, Männer und Frauen	Erwerbstätigenquote	Erwerbstätigenquote für Männer und Frauen
Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer	–	Erwerbstätigenquote (55–64), total, Männer und Frauen	–	–
Lohnungleichheit von Männern und Frauen	Verhältnis des Durchschnittsverdienstes von Frauen und Männern	Verhältnis der Stundenverdienste von Frauen zu jenen von Männern, Erwerbstätigkeit von mehr als 15 Stunden pro Woche	Verhältnis der Bruttojahresverdienste vollzeitbeschäftigter Frauen und Männer (35–39)	–
Arbeitslosigkeit	Arbeitslosenquote	–	–	Anteil Erwachsener in Haushalten ohne Arbeit
Langzeitarbeitslosigkeit	–	Anteil der Langzeitarbeitslosen (>12 Monate) an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter	–	–
Abgabenbelastung niedriger Einkommen	–	Abgaben für alleinstehende Person bei 67 % des durchschnittl. Lohns eines Industriearbeiters	–	–
Lebenslanges Lernen	–	Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (25–64) in Bildungsmaßnahmen	–	–
Arbeitsunfälle	–	Arbeitsunfälle pro 100.000 Erwerbstätige	–	–

	Kommission zur nachhaltigen Entwicklung der UNO	Europäische Union	Bundesgierung	Vereinigtes Königreich
Kinderbetreuung	–	vorhanden, aber nicht spezifiziert	Anteil der verfügbaren Ganztagsbetreuungsplätze für Kinder bis 12 Jahre	–
Einkommensverteilung	Gini-Index	Quintilverteilung (D5/D1) (ECHP)	–	–
Armutsquote	Armutsquote	Armutsquote vor und nach Sozialtransfers (ECHP), 60 % des Medianeinkommens	–	–
Dauerhaftigkeit der Armut	–	Anteil der Bevölkerung, der über drei Jahre unter der Armutsgrenze lebt	–	Anteil der Kinder in dauerhafter Armut
Schulabgänger ohne Abschluss	–	Anteil der Jugendlichen 18–24 mit „lower secondary education“ und nicht in Ausbildung	(Ausländer ohne Hauptschulabschluss)	Anteil Erwachsener ohne Ausbildung
Schulbesuchsquote	Schulbesuchsquote in primärer und sekundärer Schule	–	–	–
Analphabetismus	Anteil Erwachsener, die lesen und schreiben können	–	–	–
Gesunde Lebenserwartung	–	Behinderungsfreie Lebenserwartung	–	–

Quelle: Eigene Zusammenstellung auf der Grundlage von Commission for Sustainable Development (2001): Indicators for Sustainable Development: Framework and Methodologies, New York: United Nations; Europäische Kommission (2001b): A Sustainable Europe for a Better World: A European Union Strategy for Sustainable Development (Commission’s proposal to the Gothenburg European Council), Brüssel: Europäische Kommission; Europäischer Rat (2001): Schlussfolgerungen des Vorsitzes – Europäischer Rat (Göteborg), 15. und 16. Juni 2001, Brüssel: Europäischer Rat; Bundesregierung (2001): Perspektiven für Deutschland – unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung: Entwurf der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie, Berlin: Bundesregierung; Vereinigtes Königreich (2001b): Achieving a Better Quality of Life, London: Regierung des Vereinigten Königreichs; Vereinigtes Königreich (2001a): Review and Assessment of Progress Made by the United Kingdom in the Implementation of Agenda 21 at National and Regional Levels, London: Regierung des Vereinigten Königreichs.

2. Podiumsdiskussion: Zivilgesellschaft und Nachhaltigkeit

Podium: **Margot Papenheim,** Evangelische Frauenhilfe in Deutschland
Gunda Voigts, Geschäftsführerin Deutscher Bundesjugendring (DBJR)
Agathe Sering, Geschäftsführerin Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF)

Die Einstiegsfrage von **Frau Leitschuh-Fecht** lautete, welche Indikatoren den Frauen auf dem Podium für soziale Nachhaltigkeit in ihren Bereichen am Herzen liegen.

Margot Papenheim stellte fest, dass in dem Entwurf Geschlechtergerechtigkeit zwar in einzelnen Indikatoren explizit auftauche, jedoch nicht durchgängig berücksichtigt worden sei. Vor allem im Zusammenhang mit Familie greife das Papier Geschlechtergerechtigkeit auf, andere Bereiche seien dagegen nicht geschlechtsspezifisch aufbereitet. Beispielsweise werde beim Themenbereich innere Sicherheit Gewalt gegen Frauen nicht thematisiert.

Agathe Sering sprach sich dafür aus, Familien stärker in den Blick zu nehmen. Die Indikatoren würden den Bereich Familie auf Ganztagsbetreuung reduzieren. Nach Ansicht von Frau Sering geht es darüber hinaus auch um Arbeitszeiteinteilung, um Familienphasen, eine gute Infrastruktur, ein gutes soziales Umfeld und ähnliche Bereiche, in denen Nachhaltigkeit stärker umgesetzt werden könnte. Die Familie sei als der Ort, wo Werte an die nächste Generation weitergegeben werden, ein wichtiger, stark förderungsbedürftiger Bereich. Den Familienleistungsausgleich bezeichnete Frau Sering als unzureichend.

Gunda Voigts erklärte, dass Beteiligung als wichtiger Indikator deutlich geworden sei und stellte die Frage, wie Kinder und Jugendliche an der Debatte um Nachhaltigkeit beteiligt sind. Sie lobte, dass im Strategiepapier intergenerative Gerechtigkeit thematisiert wird, kritisierte aber, dass die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen als wichtigster Punkt nicht angesprochen wird.

Frau Leitschuh-Fecht gab in die Runde die Frage, ob der Aspekt der Beteiligung nicht für alle gesellschaftlichen Gruppen gelten müsste.

Agathe Sering bejahte dies. Sie stellte aber in Frage, ob man die Gesellschaft in Gruppen splitten sollte. Das berge die Gefahr, diese gegeneinander auszuspielen. Einzelne Betroffenengruppen müssten zwar speziell beteiligt werden, der gesamtgesellschaftliche Bezug dürfe aber nicht fehlen.

Margot Papenheim plädierte dafür, durchaus zu differenzieren. Als Beispiel führte sie an, dass die Unterscheidung der Bedürfnisse von Frauen und Männern zu mehr Realitätsnähe führe, da unterschiedliche Lebenswirklichkeiten der Geschlechter bestünden.

An dieser Stelle forderte **Frau Leitschuh-Fecht** die Tagungsteilnehmerinnen und Tagungsteilnehmer auf, sich an der Diskussion zu beteiligen.

Mara Kuhl von der Forschungsgruppe Gender-Mainstreaming der Humboldt-Universität zu Berlin stellte die Frage, wer die Hauptakteure sind. Sie kam darauf zurück, dass Konsumentinnen und Konsumenten eine entscheidende Rolle spielen, und sprach sich dafür aus, dass diese sinnvoller weise bei den Indikatoren auch entsprechend berücksichtigt werden.

Gunda Voigts sprach an, dass es viele Themen gäbe, zu denen einzelne Verbände schon seit langem Positionen entwickelt haben. Diese seien in weiten Bereichen schon weiter vorangeschritten, als es in dem Strategiepapier der Fall sei. Frau Voigts fragte, wie der gesellschaftliche Dialog, auch über das entsprechende Ministerium hinaus, weitergehen werde. Sie forderte, dass Beteiligung kein Schlagwort bleiben darf. In vielen Gruppen seien enorme Kompetenzen vorhanden, die bisher noch nicht genutzt worden seien.

Ein Tagungsteilnehmer erkundigte sich, ob überhaupt noch die Möglichkeit bestehe, auf die Indikatoren Einfluss auszuüben.

Dr. Bassewitz antwortete, dass der Prozess noch nicht beendet sei und die Veranstaltung ja gerade organisiert wurde, um den Entwurf noch diskutieren zu können. Die Ergebnisse würden in die Arbeitsgruppe der Bundesregierung getragen. Dr. Bassewitz wies auf das Forum im Internet hin und bat alle, die Chance wahrzunehmen, sich dort zu beteiligen.

Frau Pfahl benannte Gender-Mainstreaming als wichtige Aufgabe, die im Strategiepapier unbedingt behandelt werden sollte.

Daran anknüpfend kritisierte **Margot Papenheim** beispielhaft, dass die Sicherheit von Frauen kein Thema im Kapitel über innere Sicherheit sei und das nicht problematisiert würde, dass Frauen nur ein Drittel der bezahlten, dagegen zwei Drittel der unbezahlten Arbeit leisten.

Frau Leitschuh-Fecht kam auf den Beitrag von Frau Müller zurück, in dem diese die Verbraucherinnen und Verbraucher als wichtige Triebkraft der sozialen Nachhaltigkeit benannt hatte. Sie drückte ihre Schwierigkeiten mit dieser Betrachtungsweise aus, da mit Verbraucherinnen und Verbraucher ja alle gemeint seien. Daher stellte sie die Frage, wer statt dessen die „driving force“, die den Diskurs bündelt, sein könne.

Margot Papenheim wiederholte die Ansicht von Martina Schäfer, dass die Idee mit dem Warenkorb nicht mehr neu sei. Sie bezeichnete klassische Organisationen und Verbände, mit denen breite gesellschaftliche Gruppen abgedeckt seien, als wichtige Akteure mit Potentialen, die noch besser genutzt werden könnten.

Gunda Voigts stellte fest, dass ihre Organisation ganz automatisch einen Akteur darstelle, und führte als Beispiel für einen Beteiligungsprozess Stellungnahmen zu Kinderarmut an, bei denen betroffene Kinder und Jugendliche miteinbezogen worden seien. Wichtiger als die Frage nach den Akteuren war für sie das Problem, die einzelnen Akteure, die teilweise sich widersprechenden Positionen vertreten, an einen Tisch zu bekommen.
Wie können die verschiedenen Handlungsfelder in ein Gesamtkonzept eingebettet werden? Diese Frage formulierte **Agathe Sering.** In ihren Augen ist die ganze Zivilgesellschaft gefragt, zur Bewältigung auch von neu aufkommenden Aufgabenfeldern beizutragen.

Dr. Konrad Hummel vom Sozialministerium Baden-Württemberg drückte sein Unbehagen in Bezug auf drei Punkte aus:

1. Der Entwurf des Strategiepapiers sei von langer Hand vorbereitet, daher könne jetzt doch nicht alles noch mal ganz von vorne diskutiert werden.
2. Schwierigkeiten hatte Herr Hummel auch mit der Diskussion über Ehrenämter. Er stellte die Frage, warum man nicht einfach die Positionen der Enquete-Kommission übernehme und gab zu bedenken, dass auf Bundesebene zu viel parallel nebeneinander laufe.
3. Schließlich erklärte er, dass Nachhaltigkeit etwas anderes als die Summe der Interessensvertretungen sei. Von der alten Interessensvertretungspolitik sei Abstand zu nehmen. Statt dessen solle sich Nachhaltigkeit am Gemeinwohl orientieren. Er bat in diesem Zusammenhang darum, konsensfähige Indikatoren zu finden, die nicht die Summe der Einzelinteressen sein sollten.

Frau Pfahl knüpfte an den Vortrag von Frau Müller und das Thema Verbraucherinnen/Verbraucher-Konsum an. In ihren Augen fehlt ein wirklicher Dialog zwischen Produzentinnen/Produzenten und Konsumentinnen/Konsumenten. Weder die Verbraucherpolitik verdiene bisher ihren Namen, noch sei die Diskussion über Handel und Produktströme in den Umweltverbänden ausreichend. Es wäre wichtig, dass die Verbraucherinnen/Verbraucher von den Händlerinnen/Händler und Erzeugerinnen/Erzeuger besser informiert würden, auch über Probleme bei der Beschaffung von Waren.

Gunda Voigts schloss an die Frage der Interessensvertretung, die Herr Hummel angesprochen hatte, an. Sie drückte ihre Übereinstimmung damit aus, dass die Interessensvertretung einzelner Gruppen nicht notwendig sein sollte, erklärte aber, dass der Punkt, darauf verzichten zu können, noch nicht erreicht sei. Zunächst sei es wichtig, sich

über die Einzelinteressen hinaus zusammenzusetzen. Frau Voigts betonte, dass Interessensvertreter ihre Kompetenzen mit einbringen sollten, da so nicht immer wieder alles von vorne gedacht werden müsse. Das, was die Einzelverbände bereits erarbeitet haben, solle verwendet werden.

Eine Teilnehmerin von der Humboldt-Universität zu Berlin sprach an, dass im Lauf der Tagung deutlich geworden sei, dass es für nachhaltige Entwicklung auch Hemmfaktoren gäbe. Bei den Indikatoren stünden Zustands- und Bestimmungsindikatoren im Vordergrund, Maßnahmenindikatoren seien noch unterentwickelt. Die Wissenschaft müsse Leitbilder entwickeln, die die Grundbedingungen für eine nachhaltige Entwicklung und langfristig positive Effekte für die nachfolgenden Generationen beschreiben. Einige aktuelle Entwicklungen, wie z. B. die Einführung des Ehegattensplittings, stünden der nachhaltigen Entwicklung eher im Wege. Neben der Wirtschaft sei auch der Staat ein wichtiger Akteur. Der Staat sollte nachhaltige Entwicklung im Sinne einer Umstrukturierung von Ausgangsbedingungen antreiben.

Herr Poggel von der Senatsverwaltung für Schule, Jugend und Sport betonte die Wichtigkeit der Kooperation der Akteure. Wichtiger als die konkrete Ausgestaltung des Strategiepapiers war ihm die Beteiligung junger Menschen. Er sprach die Schwierigkeiten an, die einzelne Akteure mit der Umsetzung von Nachhaltigkeit im eigenen Umfeld haben. Als Beispiel führte er an, dass Trägerverbände zusammenarbeiten und auch zu einem Konsens gelangen können, die Sorge um das eigene Überleben aber wieder am wichtigsten werde, wenn sie auseinandergehen. Er stellte die Frage, wie man trotz dieser Schwierigkeiten miteinander zusammenarbeiten und verpflichtend weiterkommen kann.

Es könne nicht darum gehen, alle Politikbereiche unter den Hut Nachhaltigkeit zu packen. **Heike Leitschuh-Fecht** zufolge sei es notwendig, zu einer klareren Definiton von Nachhaltigkeit zu kommen. Sie sprach an, dass es globale Probleme waren, die die Nachhaltigkeitsdebatte angestoßen haben. Sie drückte die Befürchtung aus, dass die Debatte an Brisanz verlieren könne, wenn alles, was auf nationaler Ebene immer schon ein Thema war, nun als wichtiger Punkt der sozialen Nachhaltigkeit bezeichnet würde. Frau Leitschuh-Fecht fragte, ob man nicht global bedeutsame Themenbereiche stärker in den Vordergrund rücken sollte.

Agathe Sering ermahnte, die Perspektive nicht aus den Augen zu verlieren. Das nationale Nachhaltigkeitspapier müsse die Lebenssituation in Deutschland durchaus wiederspiegeln. Internationales würde in Johannesburg ohnehin wichtig sein und man sollte Nachhaltigkeit nicht auf den kleinsten gemeinsamen internationalen Nenner reduzieren. Nach Ansicht von Frau Sering hält sich Europa bei der Formulierung sozialer Ziele sowieso schon stark zurück. Nationale und internationale Strategien seien zwei verschiedene Ebenen.

Margot Papenheim stimmte den Worten von Frau Sering zu. Gleichzeitig teilte sie die Beobachtung, dass der Nachhaltigkeitsbegriff von Inflation bedroht sei und plädierte dafür, den Begriff enger zu fassen, damit er eine kritische Schärfe bekomme.
Frau Papenheim sei bei der Lektüre des Papiers aufgefallen, dass es signalisiere, Nachhaltigkeit habe nichts mit Verzicht zu tun. Statt dessen würde die gesteigerte Lebensqualität hervorgehoben. Nach ihrer Auffassung sei Nachhaltigkeit aber nur durch enorme Verzichtsleistungen zu erreichen, auch wenn man bestimmte Verzichtsleistungen vielleicht nicht als unangenehm empfindet. Die Umsetzung müsse auf jeden Fall in allen Politikbereichen erfolgen.

Aus den Reihen der Tagungsteilnehmerinnen/Teilnehmer kam die Aufforderung zu diskutieren, wie in allen Politikfeldern langfristige Nachhaltigkeit zu erreichen sei, statt dass Nachhaltigkeit als zusätzliches Politikfeld angesehen werde. Nachhaltigkeit sei nur durch veränderte Praxis möglich.

Herr Poggel stimmte seinen Vorrednerinnen/Vorrednern darin zu, dass integrierte Konzepte entwickelt werden müssten. Es sei notwendig, sich zusammenzusetzen, nicht aneinander vorbei zu reden.

Frau Leitschuh-Fecht gab die letzte Frage in die Runde. Sie wiederholte die Auffassung von Herrn Haupt, dass nachhaltige Ziele nur zu verwirklichen seien, wenn sie sozialverträglich sind. Daran anknüpfend stellte sie die Frage, wie es gelingen kann, einen attraktiven Gegenentwurf zur nicht nachhaltigen Lebensweise zu entwickeln und unabhängig von Partikularinteressen eine Klammer zu bilden. Dies habe die ökologische Debatte bisher nicht vermocht und gerade weil Verzichtsleistungen erforderlich sind, sei es auch besonders schwierig. Wer kann wie dazu beitragen, Motivationen für eine Umorientierung der Lebensstile zu schaffen? Frau Leitschuh-Fecht wollte außerdem wissen, welche Anreize, Verzicht zu üben, es gibt.

Margot Papenheim zeigt sich optimistisch, dass sich Modelle wie nachhaltige Entwicklung durchaus durchsetzen und auf Begeisterung stoßen werden. Förderlich seien wertstarke Begriffe wie Gerechtigkeit. Die Konzepte müssten nach Frau Papenheims Ansicht richtig vermittelt werden. Dies könne zum Beispiel über Leitbilder erfolgen, wie sie in der Studie Zukunftsfähiges Deutschland entwickelt worden sind.
Erfolgreich seien in vielen Kommunen Deutschlands lokale Agenda-Foren gegründet worden. Frau Papenheim sprach an, dass dort viele aktiv seien, die sich vorher in anderen Bereichen engagiert haben und dass es viele hoffnungsvolle Ansätze gäbe. Sie drückte ihre Überzeugung aus, dass Veränderungen möglich sind.

Gunda Voigts betonte die Wichtigkeit von Kommunikation. Man müsse sich außerdem Projekte mit Vorbildcharakter anschauen und von diesen lernen. Frau Voigts beschrieb ihre Beobachtung, dass hier und

da immer wieder kleine Erfolge zu verzeichnen seien. Sie sprach sich dafür aus, von einer parteipolitisch orientierten Politik wegzugehen, hin zu einer Politik, die die Menschen als solche im Blick hat. Dabei sei es wichtig, an konkreten Themen zu diskutieren und nicht nur das Gesamtkonzept zu betrachten.

Ralf Vandamme vom Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik erkundigte sich danach, wie mit den Arbeitsaufträgen, zum Beispiel mit der Anregung, einen Indikator für den sozialen Zusammenhalt aufzunehmen, weiter umgegangen werde. Außerdem stellte er die Fragen, wie Vernetzungen und Synergieeffekte genutzt werden können und ob die Ergebnisse der Enquetekommission zu gesellschaftlichem Engagement mit aufgenommen würden.
Herr Vandamme bezeichnete die Frage nach den Hemmfaktoren als sehr interessant und führte die Torpedierung von Kyoto als Beispiel auf. Zur kommunalen Praxis erklärte er, dass die Kommunen sehr aktiv seien und dass es möglich sein müsse, auf diese Infrastrukturen zuzugehen. Im kommunalen Bereich gäbe es Potentiale, die man besser einbeziehen müsse.
Herr Vandamme drückte seine Sorge darüber aus, was nach den lokale-Agenda-Prozessen komme und wer in der Lage sei, die Beteiligungskultur zu tragen. Er erläuterte, dass man nicht den Fehler begehen dürfe, auf die vielen auf kommunaler Ebene engagierten Leute zu verzichten.

Dr. Bassewitz erklärte abschließend, dass es hier erst einmal darum gehe, schwerpunktmäßig die nationalen Probleme darzulegen ohne dadurch andere Gremien in der BRD von ihrer Verantwortung zu entheben. Sie fand den Eindruck bestätigt, dass viel Bedarf an Diskussion besteht. Ihre Absicht sei es gewesen, die Verbände einzuladen, die bisher noch nicht genügend zu Wort gekommen sind. Auf die Frage aus den Reihen der Tagungsteilnehmerinnen/Teilnehmer, ob Vertreterinnen/Vertreter der Gesellschaftsgruppen explizit als separate Interessensgruppen in die Konsultation einbezogen werden können, antwortete Frau Bassewitz, dass sich das BMFSFJ beim Bundeskanzleramt dafür eingesetzt habe, dass die einzelnen Dachverbände direkt einbezogen werden. Dem sei nicht stattgegeben worden. Die Ergebnisse der Tagung würden aber in die Arbeitssitzung der Bundesregierung eingebracht werden. Frau Bassewitz wiederholte die Aufforderung, sich in den Dialog im Internetforum mit einzubringen.Sie bedankte sich bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern für ihr Kommen und ihr reges Interesse und schloss die Veranstaltung.

Material für die Presse vom 19. Dezember 2001

Perspektiven für Deutschland: Unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung

– Zusammenfassung –

Der Staatssekretärsausschuss für Nachhaltige Entwicklung – „Green Cabinet" – hat den Entwurf für die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie vorgelegt. Mit 21 Zielen und Indikatoren für eine nachhaltige Entwicklung zeigt er Perspektiven für ein zukunftsfähiges Deutschland im 21. Jahrhundert.

Ziel der Nachhaltigkeitsstrategie ist eine ausgewogene Balance zwischen den Bedürfnissen der heutigen Generation und den Lebensperspektiven künftiger Generationen. Dabei ist Nachhaltigkeit mehr als die Fortsetzung der Umweltpolitik mit anderen Mitteln. Nachhaltigkeit ist eine Modernisierungsstrategie. In der Nachhaltigkeitsidee steckt ein enormes Innovationspotenzial für Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft, das mit der Nachhaltigkeitsstrategie erschlossen werden soll.

Nachhaltigkeit zieht sich als roter Faden durch alle Bereiche der Reformpolitik dieser Bundesregierung, von der Haushaltskonsolidierung über die Steuerreform, das Altersvermögensgesetz, Bildung und Forschung bis hin zur Energiewende und der Neuorientierung der Landwirtschaft. Dementsprechend breit angelegt ist das Themenspektrum der Nachhaltigkeitsstrategie.

Das Leitbild der Nachhaltigen Entwicklung
ist ein zentrales Kapitel der Strategie. Es beschreibt, wie „nachhaltiges" politisches und gesellschaftliches Handeln aussieht und geht dabei von folgenden vier Koordinaten aus:

- Generationengerechtigkeit
- Lebensqualität
- Sozialer Zusammenhalt
- Internationale Verantwortung

Unter der Überschrift **„Generationengerechtigkeit"** gehört der sparsame Umgang mit den natürlichen Ressourcen zu den wichtigsten Aufgaben. Was wir brauchen, ist ein Quantensprung bei der Energie- und Ressourceneffizienz. Die Vision einer Effizienzsteigerung um den „Faktor 4" oder gar den „Faktor 10" macht die Richtung deutlich, in die wir gehen müssen. Weitere zentrale Themen sind die Konsolidierung der Staatsfinanzen sowie Nachhaltiges Wirtschaften.

„Lebensqualität" umfasst eine intakte Umwelt ebenso wie gute Schulen und eine lebenswerte und sichere Stadt mit vielfältigen kultu-

rellen Angeboten. Ein breites Angebot an Arbeitsplätzen und Chancen für unternehmerische Initiativen bilden dafür die wirtschaftliche Grundlage. Aber auch eine neue Agrarpolitik, die den Verbraucherschutz ernst nimmt, bildet einen wichtigen Bestandteil.

Beim Thema **„Sozialer Zusammenhalt“** geht es darum, den wirtschaftlichen Strukturwandel so zu gestalten, dass alle an den damit verbundenen Chancen teilhaben können. Es darf keine Spaltung der Gesellschaft in Gewinner und Verlierer geben.

Die Verstärkung humanitärer Hilfe, die Intensivierung der Entwicklungszusammenarbeit und globaler Umweltschutz sind wesentliche Elemente des Abschnitts **„Internationale Verantwortung“**. Aber auch der Zusammenhang dieser Themen mit der internationalen Sicherheit spielt eine wichtige Rolle. Wirtschaftliche Entwicklung und Armutsbekämpfung werden darüber hinaus nur gelingen, wenn die Industrieländer den Entwicklungsländern ihre Märkte öffnen und ihnen faire Handelschancen einräumen.

Die wichtigsten Aussagen des Leitbildes werden zusammengefasst in

- **Managementregeln der Nachhaltigkeit,** die gemeinsam mit
- den **Indikatoren und Zielen** sowie
- einem regelmäßigen **Monitoring** zur Erfolgskontrolle

das **Managementkonzept für eine Nachhaltige Entwicklung** bilden.

21 Indikatoren als Gradmesser der Nachhaltigkeit

Seit vielen Jahren gelten Wirtschaftswachstum, Arbeitslosenquote und Inflationsrate als Schlüsselindikatoren zur Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung. An der Börse vermittelt der Dax ein Bild von der Gesamtentwicklung des Marktes.

Auch die Nachhaltigkeitsstrategie braucht solche Kennziffern. Mit 21 Schlüsselindikatoren für eine nachhaltige Entwicklung will die Bundesregierung künftig in regelmäßigen Abständen aufzeigen, wo wir auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung stehen, welche Fortschritte erreicht wurden und wo es weiteren Handlungsbedarf gibt.

Die Indikatoren sind somit elementarer Bestandteil eines Managementkonzeptes zur Umsetzung und kontinuierlichen Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie. Die Ziele und Indikatoren zeigen als Orientierungswerte die Richtung an, in die die Entwicklung in den kommenden Jahrzehnten gehen soll und dienen insbesondere auch der Erfolgskontrolle.

21 Indikatoren für das 21. Jahrhundert:

1. Energie- und Rohstoffintensität
2. Emissionen der 6 Treibhausgase des Kyoto-Protokolls
3. Anteil erneuerbarer Energien am Energieverbrauch
4. Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche
5. Entwicklung der Bestände ausgewählter Tierarten
6. Finanzierungssaldo des Staatssektors
7. Investitionsquote
8. Private und öffentliche Ausgaben für Forschung und Entwicklung
9. Ausbildungsabschlüsse der 25jährigen u. Zahl der Studienanfänger
10. Bruttoinlandprodukt
11. Transportintensität u. Anteil der Bahn an der Güterverkehrsleistung
12. Anteil des ökologischen Landbaus
13. Schadstoffbelastung der Luft
14. Zufriedenheit mit der Gesundheit
15. Zahl der Wohnungseinbruchsdiebstähle
16. Erwerbstätigenquote
17. Ganztagsbetreuungsangebote
18. Verhältnis der Bruttojahresverdienste von Frauen und Männern
19. Zahl der ausländischen Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss
20. Öffentliche und private Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit
21. Einfuhren der EU aus Entwicklungsländern

Die Zahl der Schlüsselindikatoren wurde bewusst klein gehalten. Mit wenigen Kennziffern soll ein rascher Überblick über wichtige Entwicklungen ermöglicht werden.

Die Indikatoren sind mit konkreten – und wo sinnvoll und möglich – mit quantifizierten Zielen verknüpft. So soll etwa die **Energieintensität** bis 2020 gegenüber 1990 um rund die Hälfte reduziert werden. Das bedeutet, dass mit einer bestimmten Energiemenge im Jahr 2020 etwa doppelt soviel produziert werden kann wie 1990.

Beim Landschaftsverbrauch für Siedlungs- und Verkehrsflächen ist eine Verringerung von heute 130 Hektar pro Tag auf maximal 30 Hektar im Jahr 2020 vorgesehen.

Der Erforschung und Entwicklung neuer, innovativer Technologien kommt eine Schlüsselrolle für die Lebensqualität künftiger Generationen zu. In Deutschland wurden die **Ausgaben für Forschung und Entwicklung** in den letzten Jahren deutlich gesteigert, liegen aber mit ihrem Anteil von 2,46 Prozent am Bruttoinlandsprodukt immer noch niedriger als in den USA (2,64 Prozent) oder Japan (3,04 Prozent). Der Strategieentwurf strebt eine Erhöhung der privaten und öffentlichen Ausgaben für Forschung und Bildung auf rund 3 Prozent bis 2010 an.

Viele Menschen, die gerne erwerbstätig wären, werden daran durch fehlende **Betreuungsmöglichkeiten für ihre Kinder** gehindert. Während in den neuen Ländern ein insgesamt bedarfsdeckendes Angebot für Kinder bis zu 12 Jahren vorhanden ist, weisen die alten Länder deutliche Defizite auf. In der Gruppe der bis 3-Jährigen besteht für 2,2 Prozent, in der Gruppe der 3 bis 6-Jährigen für 16,3 Prozent und in der Gruppe der 6 bis 12-Jährigen für 3,4 Prozent der Kinder die Möglichkeit der Ganztagsbetreuung. Der Strategieentwurf sieht vor, dass bis 2010 der Anteil jeweils auf 30 Prozent erhöht wird. Hier sind vor allem Länder und Kommunen, aber z. B. auch Unternehmen gefragt.

Die Bundesregierung wird ihr Regierungshandeln an den Nachhaltigkeitszielen ausrichten und die strategischen Vorgaben in konkrete Politik umsetzen. Doch staatliches Handeln allein reicht nicht aus. Vielmehr ist aktives und eigenverantwortliches Handeln aller gesellschaftlichen Gruppen gefragt. Wirtschaft, Gewerkschaften, Kirchen und andere gesellschaftliche Gruppen, ja alle Bürgerinnen und Bürger müssen mitwirken, wenn das Nachhaltigkeitsprojekt Erfolg haben soll. Die Indikatoren sind Orientierungswerte für die staatlichen und gesellschaftlichen Akteure der Nachhaltigen Entwicklung.

Schwerpunkte der Nachhaltigen Entwicklung

Die Bundesregierung sieht zunächst in den nachfolgenden acht prioritären Handlungsfeldern die Themen, bei denen Weichenstellungen für eine nachhaltige Entwicklung unseres Landes notwendig sind. Für diese Schwerpunkte werden die Grundsätze der nachhaltigen Entwicklung konkret gemacht und damit für das Handeln der Bundesregierung wie auch der anderen Akteure der Nachhaltigkeit relevant.

I. Energie effizient nutzen – Klima wirksam schützen
Drehbuch für eine zukunftsfähige Energiepolitik

II. Mobilität sichern – Umwelt schonen
Fahrplan für neue Wege

III. Gesund produzieren – gesund ernähren
Verbraucher als Motor für Strukturwandel

IV. Demographischen Wandel gestalten
Neuer Übergang in den dritten Lebensabschnitt

V. Alte Strukturen verändern – neue Ideen entwickeln
Bildungsoffensive und Hochschulreform

VI. Innovative Unternehmen – erfolgreiche Wirtschaft
Innovation als Motor der Nachhaltigkeit

VII. Flächeninanspruchnahme vermindern
Nachhaltige Siedlungsentwicklung fördern

VIII. Global Verantwortung übernehmen
Armutsbekämpfung und fairer Handel

In einem ersten Schritt hat die Bundesregierung für die ersten drei prioritären Handlungsfelder eingehend Konzeption, Ziele und Maßnahmen erarbeitet. Dabei geht es um eine zukunftsfähige Energievesorgung, die umweltschonende Mobilität und die Neuorientierung bei den Themen Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Hier liegen in dieser Legislaturperiode die Schwerpunkte für die Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie. Bei den anderen prioritären Handlungsfeldern wird das Programm der nächsten Jahre dargestellt, ohne so konkret wie bei den ersten Handlungsfeldern die Maßnahmen festzulegen. Damit wird deutlich, dass der politische Auftrag der nachhaltigen Entwicklung mit der Vorlage dieser Strategie nicht abgeschlossen ist. Erst recht gilt dies für weitere Handlungsfelder, die noch anzugehen sind.

Der Auftrag von Rio

Auf der Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Jahre 1992 in Rio de Janeiro hat sich die internationale Staatengemeinschaft zum Leitbild einer Nachhaltigen Entwicklung bekannt und sich mit der Agenda 21 ein globales Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert gegeben. Darin werden die Unterzeichnerstaaten aufgefordert, eine Strategie zu entwickeln, die eine wirtschaftlich leistungsfähige, sozial gerechte und ökologisch verträgliche Entwicklung zum Ziel hat. Für die Bundesregierung ist der Auftrag von Rio Verpflichtung. Zum Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung im September 2002 in Johannesburg wird sie die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie vorlegen.

Der Staatssekretärsausschuss für Nachhaltige Entwicklung erarbeitet als „Green Cabinet“ die nationale Nachhaltigkeitsstrategie für die Bundesregierung und legt konkrete Projekte zur Umsetzung der Strategie fest. Unter Leitung des Staatsministers beim Bundeskanzler,

Hans Martin Bury, gehören dem Ausschuss Staatssekretäre aus dem Auswärtigen Amt sowie aus den Bereichen Finanzen, Arbeit und Soziales, Bildung und Forschung, Verbraucherschutz und Landwirtschaft, Gesundheit, Umwelt, Verkehr, Wirtschaft und wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung an.

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung
wurde im April 2001 vom Bundeskanzler zur Beratung der Bundesregierung berufen. Ihm gehören 17 Persönlichkeiten aus den Bereichen Wirtschaft, Verkehr, Umweltschutz, Länder und Gemeinden, Internationales und Entwicklung, Kirchen, Gewerkschaften, Wissenschaft sowie Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft an. Vorsitzender ist Bundesminister a.D. Dr. Volker Hauff. Der Rat unterstützt den Staatssekretärsausschuss und erarbeitet Beiträge für die nationale Strategie sowie Vorschläge für konkrete Projekte zur Umsetzung der Strategie und zur Förderung des gesellschaftlichen Dialogs.

Dialog Nachhaltigkeit
Nachhaltigkeit lässt sich nicht staatlich verordnen. Die Erarbeitung der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie wird daher durch intensive Gespräche mit den gesellschaftlichen Gruppen begleitet. Gleichzeitig können sich Bürgerinnen und Bürger über das Internet-Forum „Dialog Nachhaltigkeit“ ihre Ideen und Vorschläge einbringen. Die Ergebnisse dieser Diskussion sind bereits in die Arbeit an dem Entwurf eingeflossen. Mit der Veröffentlichung des Entwurfs beginnt die zweite Dialogphase über Herausforderungen und Chancen der Nachhaltigkeit. Im Frühjahr 2002 wird die Bundesregierung die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie in ihrer endgültigen Fassung beschließen.

Teilnehmerliste

		Berufsbildungsstätte START GmbH
		Bundesministerium für Finanzen
		Rat der Evangelischen Kirchen Deutschland
Dr. Günther	Bachmann	Geschäftsführer, Geschäftsstelle Nachhaltigkeitsrat
Gerhard	Beier-Herzog	Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft e. V. – ver.di, Bundesvorstand
Erika	Biehn	Vorsitzende, Bundesarbeitsgemeinschaft Sozialhilfeinitiativen e. V. – BAG-SHI
Dr. Dieter	Blaschke	Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft
Rainer	Brinkmann	MdB
Felix	Dresewski	Unternehmen: Partner der Jugend, Büro Berlin-Brandenburg
Dr. Katharina	Erdmenger	Diakonisches Werk der Ev. Kirche in Deutschland
Dr. Karin	Freier	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Ursula	Frenz	Landeswohlfahrtsverband Württemberg-Hohenzollern
Dr. Frerich	Frerichs	Forschungsgesellschaft für Gerontologie, Universität Dortmund
Ingrid	Fuhrmann	Deutsche Alzheimer Gesellschaft e. V.
Dr. Gabriele	Griese	Sozialministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern
Dieter	Hackler	BfZ, BMFSFJ
Anne	Haspel	Büro Heidi Wright, MdB
Verena	Hausen	Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge
Manfred	Helbig	Bereichsleiter, DRK, Landesverband Brandenburg e. V.
Dr. Karl	Hinrichs	Institut für Sozialwissenschaften, Philosophische Fakultät III
Beatrix	Holzer	Institut für Sozialarbeit & Sozialpädagogik
Dr. Friederike	Höpner-Stamos	Bundesministerium für Gesundheit
Dr. Konrad	Hummel	Sozialministerium des Landes Baden-Württemberg
Jutta	Jaksche	Geschäftsstelle Nachhaltigkeitsrat
Andreas	Kaczynski	Caritasdirektor, Caritasverband für Brandenburg e. V.
Renate	Kirschnek	BAGSO
Kai	Kobelt	Büro prtsys.kom
Dr. Dieter	Korczak	Institut für Grundlagen- und Programmforschung

Mara	Kuhl	Forschungsgruppe Gender-Mainstreaming, Humboldt-Universität zu Berlin, Juristische Fakultät
Dr. Beate	Kummer	Geschäftsführerin, Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung e. V. – bvse
Hannes	Lachenmair	Bundesarbeitsgemeinschaft Elterninitiativen e. V. – BAGE
Gitta	Lampersbach	Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung
Dorothea	Lemke	Deutscher Frauenring e. V., Landesverband Thüringen
Hans-Jürgen	Leutloff	Sozialverband Deutschland – SoVD, Bundesverband, Abteilung Sozialpolitik
Tilo	Liewald	Paritätische Bundesakademie, Geschäftsstelle Berlin
Dr. Eberhard	Löhnert	Der PARITÄTISCHE, Landesverband Berlin e. V., Geschäftsstelle Bezirke
Manuela	Machleb	Arbeiterwohlfahrt, Landesverband Berlin e. V.
Regina	Mannel	Landesgeschäftsführerin, Der PARITÄTISCHE, Landesverband Sachsen e. V.
Mathias	Maucher	Institut für Sozialarbeit & Sozialpädagogik
Birgitta	Müller-Brandeck	Der PARITÄTISCHE, Landesverband Sachsen e. V.
Gerda	Pfahl	BUND stellv. Sprecherin AK Gesundheit
Günther	Poggel	Senatsverwaltung für Schule, Jugend und Sport
Klaus	Pritzkuleit	Diakonische Arbeitsgemeinschaft evangelischer Kirchen
Gudrun	Radev	Projektstelle – Lokale Agenda 21 der Berliner Nichtregierungsorganisationen
Saskia	Richter	Diakonisches Werk der ev. Kirchen in Deutschland e. V.
Sybille	Röseler	Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung
Dr. Gabriele	Rössler	DRK Generalsekretariat
Elmar	Schäfer	Bundesvorsitzender, Katholische Landjugendbewegung
Michael	Schäfer	AG Nachhaltige Entwicklung der SPD-Bundestagsfraktion
Sandra	Scheeres	Stiftung SPI, Regiestelle E & C
Martina	Schmitt	Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH
Dr. Brigitte	Schnabel	Geschäftsführerin, Arbeiterwohlfahrt, Landesverband Brandenburg e. V.
Sabine	Schöndube	Der PARITÄTISCHE, Landesverband Sachsen-Anhalt e. V.
Gudrun	Schwarz	Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen
Rainer	Schwarz	Stiftung SPI, Regiestelle E & C
Michael	Segan	Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung
Gunter	Smits	Generalsekretär, Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschland

Bettina	Teutenberg	Geschäftsführerin, Selbsthilfeinitiativen Alleinerziehender SHIA e. V., Bundesverband
Heike	Troue	Hauptgeschäftsführerin, Deutschen Landfrauenverbands e. V.
Dr. Ralf	Vandamme	Institut für Sozialarbeit & Sozialpädagogik
Katja	Vaupel	Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V. – BUND, Bundesgeschäftsstelle
Heike	Völger	Referentin, Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe
Dr. Irene	Vorholz	Deutscher Landkreistag
Erika	Wehle	Stellvertretende Vorsitzende des Sozialverband VdK Deutschland e. V.
Dr. Ralf-René	Weingärtner	Ständige Vertretung der BRD bei der EU
Christine	Wenzl	Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V. – BUND, Bundesgeschäftsstelle
Ulrich	Wiebusch	Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz
Holger	Wittig-Koppe	Der PARITÄTISCHE Wohlfahrtsverband Schleswig-Holstein e. V.